

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Zu unserem 30. Bergedorfer Gespräch heiße ich Sie alle herzlich willkommen. Ich freue mich besonders, daß wir Herrn Dr. Hans von der Groeben für das Referat und Herrn Prof. Hans Peter Ipsen für die Diskussionsleitung gewinnen konnten.

Unser heutiges Gespräch weist Beziehungen zu einer Reihe vorangegangener Diskussionen des Bergedorfer Gesprächskreises auf. Anfang 1964 referierte Prof. Salin über das Thema: "Planung in der freien Marktwirtschaft". Er wies darauf hin, daß es nirgends in der westlichen Welt eine modellgerechte freie Marktwirtschaft gebe. Weder habe sie jemals bestanden, noch könne sie überhaupt verwirklicht werden, so daß neben marktwirtschaftlichen Kriterien immer plan- oder staatswirtschaftliche Elemente die Wirtschaften des Westens bestimmten.

Wir haben dann in weiteren Gesprächskreisen die Frage nach dem Inhalt unseres Wirtschaftssystems nach zwei Seiten hin zu verdeutlichen versucht. Einmal setzten wir uns mit der Notwendigkeit der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand auseinander; zum anderen analysierten wir die technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme der Automatisierung. Bei beiden Themen ging es letztlich um die strukturverändernden Wirkungen der vorgesehenen Maßnahmen in bezug auf unsere Wirtschaftsordnung. Vollziehen sich diese Veränderungen nun systemimmanent, oder treten dadurch solche Wandlungen der Gesellschaftsordnung ein, daß sich die veränderten Wirklichkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr zureichend mit Begriffen wie "freie und soziale Marktwirtschaft" erfassen lassen?

Wir sollten in unserem heutigen Gespräch das Schwergewicht nicht zu sehr auf begriffsanalytische Erörterungen legen. Sicherlich liegen dem Begriff "freie und soziale Marktwirtschaft" ideologische Komponenten zugrunde, die noch einen gewissen, nicht zu unterschätzenden öffentlichkeitswert beinhalten. Es gibt bei uns ja so etwas wie einen Glaubenssatz der freien Marktwirtschaft. Gerade deshalb sollten wir überprüfen, inwieweit sich jene Freiheit real ausweisen läßt, die die westlichen Demokratien als konstitutiv für ihre Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Anspruch nehmen. Das gilt auch für die unternehmerische Einzelinitiative in ihrer Verbindung mit Privateigentum an Produktionsmitteln. Heute sollten wir genereller nach den Bedingungen der Entfaltung menschlicher Kräfte und Fähigkeiten fragen, um zu sehen, inwieweit das Privateigentum einerseits zu einem Fetisch zu werden droht, der uns den Blick für die neue Wirklichkeit verstellt, während es andererseits - etwa in dem ständig sich vergrößernden tertiären Sektor - neue Chancen zu erhalten scheint.

Der notwendige Einsatz immer komplizierterer und aufwendigerer Technologien - zum Beispiel in der Güterproduktion - bestimmt die Wirtschaftsprozesse sowohl im Osten wie im Westen in zunehmendem Maße. Im Zusammenhang damit steht die Frage, der wir uns hier in Bergedorf ebenfalls schon stellten, inwieweit nämlich diese neuen Technologien den Typ des Technokraten hervorgebracht haben und erforderlich machen. Inwieweit nehmen diese Technokraten über die Beherrschung der technischen und wirtschaftlichen Prozesse hinaus auch entscheidenden Einfluß auf die Gesellschaft?

Ich glaube, daß wir heute die Ziele deutlicher machen müssen, auf die hin wir die Entfaltung unserer wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten betreiben wollen. Können wir es uns auf die Dauer noch leisten, die Ideologie des Wirtschaftswachstums, deren entscheidendes Kriterium materieller Natur ist und das sich im "Sichlohnen" ausdrückt, unkritisch zu verfolgen? Der materielle Wohlstand ist ohne Frage ein legitimes Ziel; reicht er aber aus, eine neue Qualität in der Beziehung von Mensch zu Mensch zu gewinnen?

Mir scheint, daß im Schatten des mit technisch-wissenschaftlichem Fortschritt wachsenden Lebensstandards auch die Symptome vielfältiger werden, die die Beziehungen zwischen den Menschen immer schwieriger machen. Ich denke hierbei besonders an den frühzeitiger einsetzenden physischen Reifeprozess, der das Generationsproblem immer mehr kompliziert. Einerseits hat sich die mit dem zivilisatorischen Fortschritt parallellaufende Bildungsbelastung des einzelnen erhöht; andererseits können die Jugendlichen durch die physische Wachstumsbeschleunigung die ihnen

früher eingeräumte Zeit der Ausgelassenheit nicht mehr voll ausleben. Hinzu kommen die Belastungen durch längere Studienzeiten und durch Frühehen. Der Umschlag vollzieht sich gewissermaßen direkt vom Spielplatz in die Erwachsenenfunktionen, so daß sich die Jugend um einen Teil ihrer Kindheit und Jugendzeit betrogen fühlt. Das ist sicher auch eine der Ursachen für die Unruhe der Jugend in den hochindustrialisierten Ländern. Da wir unser heutiges Thema nicht nur isoliert rein ökonomisch verstehen sollten, scheint mir ein Bezug auf die uns bewegenden Unruhen der kritischen Jugend durchaus zulässig.

Lassen Sie mich deshalb mit einem Zitat von John Kenneth Galbraith schließen, das ich unserer Tagung als Motto voranstellen möchte: "Was zählt, ist nicht die Quantität unserer Waren, sondern die Qualität unseres Lebens."

von der Groeben

Ich gehe davon aus, daß Marktwirtschaft nicht ein Ziel an sich ist, sondern ein Mittel, eine Methode, um bestimmte Ziele zu erreichen. Das Konzept der Marktwirtschaft ist unter besonderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen entstanden und diente zur Erreichung bestimmter Ziele sowie zur Erhaltung gewisser gesellschaftlicher Zustände. Wir müssen uns heute fragen, welches unsere Ziele sind, was wir unter Marktwirtschaft verstehen und ob sie in der Lage ist, diese Ziele zu verwirklichen.

Ich will zunächst meine Zielvorstellungen näher definieren, wobei es sich nur um wirtschafts- und gesellschaftspolitische Leitbilder handeln kann. Als Ziele sehe ich an: erstens die Maximierung des Sozialproduktes unter Ausnutzung aller vorhandenen und potentiellen Produktionsfaktoren; zweitens die Erhaltung der Unternehmerfreiheit und der Wahlfreiheit des Verbrauchers; drittens eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung.

Wenn wir diese Ziele mit marktwirtschaftlichen Mitteln erreichen wollen, befinden wir uns in einem Dilemma. Welche Mittel können noch als marktwirtschaftlich angesehen werden? Wo beginnt die Planwirtschaft oder der Dirigismus? Heute besteht weitgehende Übereinstimmung darüber, daß die Anwendung des "laissez faire" in der Wirtschaft und der Verzicht des Staates auf alle makro- und mikroökonomischen Eingriffe nicht zu Ergebnissen führt, die den genannten Zielvorstellungen entsprechen. Das läßt sich mit folgenden Feststellungen begründen:

Um die Monopolstellungen und den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu bekämpfen, wurde der durch den Staat gesetzte Ordnungsrahmen entwickelt, in dem sich ein unverfälschter und fairer Wettbewerb abspielen kann.

Im Gemeinsamen Markt haben wir diesen Ordnungsrahmen auf die sechs Nationalstaaten, die sich zu einer dauerhaften und institutionell gesicherten Wirtschaftsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, ausgedehnt und ihn also zu dem wirksamsten Integrationsinstrument gemacht. Das System des Ordnungsrahmens wurde nach dem Zweiten Weltkrieg mit großem Erfolg in vielen europäischen Staaten, insbesondere in der Bundesrepublik, angewandt, und es entsprach der vorgefundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation in diesen Ländern.

Aufgrund der schlechten Erfahrungen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und im Anschluß an die Lehre von Keynes erkannte man immer deutlicher, daß starke Konjunkturschwankungen das marktwirtschaftliche System beeinträchtigen und es sogar in seiner Substanz gefährden können, abgesehen von den unabsehbaren politischen Folgen. Ein wirtschaftliches Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung führt nicht zur optimalen Ausnutzung aller Produktionsfaktoren. Man entwickelte die Methode der Globalsteuerung, mit der die Nachfrage durch Maßnahmen der Geld- und Finanzpolitik sowie durch öffentliche Aufträge beeinflusst wird. Diese Methode muß sich nicht nur in Zeiten der Rezession bewähren, sondern auch eine etwaige Übernachfrage rechtzeitig dämpfen.

In bezug auf die Struktur-, Sektor- und Regionalpolitik besteht heute noch wenig Übereinstimmung. Während der Staat auch in Ländern mit marktwirtschaftlicher Tradition und Theorie handfest und häufig planlos interveniert - meist zur Verhinderung der Anpassung, gelegentlich aber auch zur Förderung von Zukunftsindustrien durch Forschungsaufträge und öffentliche Bestellungen;-, streitet man sich mitunter theoretisch noch über die Möglichkeiten und die Nützlichkeit staatlicher Eingriffe und über deren Methoden. Immerhin hat sich in der Bundesrepublik die Auffassung durchgesetzt, daß eine mittelfristige Vorausschau notwendig ist, um Trends rechtzeitig zu erkennen und Anpassungsmaßnahmen kohärent und zielkonform anzusetzen. Außerdem ist eine langfristige Trendanalyse erforderlich, um bei mittelfristigen Maßnahmen nicht fehlzugehen. Unerlässlich ist auch eine mittelfristige Finanzplanung der öffentlichen Hand, um Möglichkeiten und Prioritäten staatlicher Eingriffe zu bestimmen.

Eine in diesem Rahmen betriebene Struktur-, Sektor- und Regionalpolitik beeinträchtigt das marktwirtschaftliche Grundkonzept, nämlich die Dezentralisierung der unternehmerischen Entscheidung, nicht. Die unternehmerische Freiheit und die Wahlfreiheit des Konsumenten bleiben gewährleistet.

Führt aber ein so ergänztes marktwirtschaftliches System auch zu einer gerechten Verteilung der Einkommen und der Vermögen? In der Einkommensverteilung haben sich mit dem Übergang von der Investitions- zur Konsumgüterwirtschaft entscheidende Änderungen vollzogen. Während früher ein weitgehender Konsumverzicht notwendig war, ja erzwungen werden mußte, ist heute in den USA und in den hochentwickelten europäischen Ländern eine ständige Steigerung der Konsumentennachfrage

und damit eine entsprechende Erhöhung der Realeinkommen der breiten Massen systeminhärent. Im Verhältnis zum Gesamtverbrauch spielen die großen Vermögen - außer bei bestimmten Luxusgütern keine entscheidende Rolle. Deshalb wird es in Zukunft darauf ankommen, die Konsumkraft zwischen den aktiv Tätigen und den Pensionären richtig zu verteilen. Dies ist ein Problem der Versicherungssysteme.

Die heikelste Aufgabe besteht in der Verteilung und Zuordnung derjenigen Vermögenswerte, die den Gegenwert der sich ständig vermehrenden Investitionen im Gesamtbereich der Wirtschaft darstellen.

Sie fallen heute zum größten Teil bei den Eigentümern des Investitionsapparates an, also bei den Einzelunternehmern oder bei den Gesellschaften, das heißt bei den Aktionären oder sonstigen Anteilseignern. Infolge der Erhöhung ihres Lebensstandards waren die breiten Schichten in der Lage, längerfristige Ersparnisse zu machen. Damit konnten sie am Investitionsstock der Wirtschaft beteiligt werden, ohne daß man inflationäre Rückwirkungen befürchten mußte. Dennoch können sich in der Konsumgüterwirtschaft entscheidende Veränderungen im Vergleich zur Investitionsgüterwirtschaft nur sehr langfristig ergeben.

In diesem Zusammenhang wird weniger die Anhäufung von Kapital zum Zweck neuer Investitionen beanstandet als dessen freie Verfügbarkeit durch den Unternehmereigentümer für private Zwecke. Dabei denkt man insbesondere an die Vererbung und die laufende Erhöhung des privaten Vermögens der Anteilseigner ohne Arbeitsleistung. In letzter Zeit richtet sich die Kritik wieder stärker gegen die aufgrund großer Vermögen ausgeübte wirtschaftliche und politische Macht.

Können wir Voraussagen über die Entwicklung der industriellen Gesellschaft machen? Galbraith hat in seinem Buch "Die moderne Industriegesellschaft" für Amerika festgestellt, daß wesentliche Komponenten des marktwirtschaftlichen Mechanismus: Preiswettbewerb, Abhängigkeit vom Markt, Streben nach Gewinnmaximierung in den wichtigsten und überwiegenden Bereichen der amerikanischen Industrielandschaft nicht mehr im vollen Umfang angewendet werden können. An die Stelle des marktwirtschaftlichen Mechanismus seien im und durch den ausgereiften Großbetrieb Investitions-, Preis- und Absatzplanung getreten. Für diese Betriebe bestehe die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen, die für Aufträge und Forschungsmittel verantwortlich seien; die globale Steuerung der Nachfrageströme durch den Staat sei für sie geradezu lebenswichtig. Die Entscheidungen in den Betrieben würden nicht mehr von einzelnen Topmanagern als Spitze einer Hierarchie, sondern von verschiedenen vertikalen und horizontalen Teams gefällt, wenn sie auch von der obersten Leitung noch formell "eingesegnet" werden müssen.

Diese neuen Formen des Management und die Änderung seines Verhaltens zum Markt und zu den staatlichen Stellen hält Galbraith aufgrund der eingetretenen Entwicklung fast für zwangsläufig. Er verkennt nicht, daß dadurch die schöpferischen Gestaltungsmöglichkeiten des Unternehmers wesentlich eingeschränkt oder jedenfalls in eine ganz bestimmte Richtung gelenkt werden. Andererseits glaubt er, daß in diesem Prozeß eine Anpassung oder sogar eine Identifizierung des einzelnen bis herab zum Meister und zur Fachkraft an den Automaten und Halbautomaten mit dem Unternehmen möglich sei, ja bereits weitgehend stattgefunden habe. Dann würde eine Manipulation des menschlichen Verhaltens diesem System zwar inhärent sein, sich allerdings nicht mehr zugunsten der Unternehmer, sondern dessen, was Galbraith die Technostruktur nennt, auswirken. Dieses System sieht er sowohl in Amerika als auch in den kommunistischen Staaten heranreifen. Wer es bekämpft, würde nach seiner Auffassung die Grundlagen der Weiterentwicklung selbst in Frage stellen. Damit wäre keineswegs die Manipulierung eingeschränkt und ein größeres Maß an Selbstverwirklichung und Humanität verbürgt.

Obwohl die Technostruktur allgemeinen Wohlstand gewährleistet, darf sie nicht als Selbstwert betrachtet werden. Galbraith sieht ihre Zukunftsaufgabe vielmehr darin, daß sie Raum schafft für die Verwirklichung außerwirtschaftlicher, ästhetischer und künstlerischer Werte. Dabei müssen offensichtliche oder verdeckte Schäden der Technostruktur wie Luft- und Wasserverschmutzung und so weiter bekämpft werden.

Diese neuen Aufgaben erfordern ein Umdenken aller Politiker und eine veränderte Einstellung der staatlichen Organe. Das dürfte jedoch nur bei einer entsprechenden Wandlung der öffentlichen Meinung denkbar sein. In Westeuropa sind wir davon noch ziemlich weit entfernt. Geteilte Märkte, der vordringliche Wiederaufbau und die mangelnde Einheitlichkeit der Wirtschaftspolitik haben die Entwicklung bei uns verzögert, obgleich sich in Teilbereichen ähnliche Trends wie in Amerika abzeichnen. Auch die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems war durch Protektionismus, enge Räume und unterschiedliche Konzeptionen stark behindert. Sollte es uns gelingen, zu einem integrierten Gemeinsamen Markt zu kommen, müssen wir ebenfalls mit einer fortschreitenden Entwicklung zur Technostruktur hin rechnen. Nun sind wir im Gemeinsamen Markt

viel stärker als die USA vom Außenhandel abhängig. Inwieweit führt aber die historisch gewachsene Struktur unserer Industrie zu stark abweichenden Entwicklungen in Europa? In welcher Richtung wollen wir diese durch die Wettbewerbspolitik beeinflussen?

In der Technostruktur verändere n sich auch viele gesellschaftliche Probleme. Nicht der Machtmißbrauch einzelner oder des Establishment, sondern das System der Technostruktur selbst bedroht die Freiheit und alle außerwirtschaftlichen Werte.

Lassen Sie mich nun einen Blick auf die Funktionsweise und die Ergebnisse des zentralwirtschaftlichen Systems im aufgeklärten revisionistischen Kommunismus werfen, und zwar im Hinblick auf unsere Zielvorstellungen. Nur in diesem Zusammenhang behandle ich das Problem hier. Ich streite nicht über Glaubensfragen und die Berechtigung von Wertvorstellungen. Wertvorstellungen sollten aber explizit gemacht und, wenn erforderlich oder erwünscht, konkretisiert werden. Sie sollten aber nicht im Gewände kausaler Abläufe erscheinen. Soweit sich eine kommunistische Gesellschaft noch in der Phase der Investitionsgüterwirtschaft befindet, kann der erforderliche Konsumverzicht nur durch zentrale Planung, strenge Hierarchie und Gehorsam erzwungen werden. Abgesehen von Planungsfehlern, die eine Maximierung des Sozialproduktes und die beste Ausnutzung der Produktionsfaktoren behindern können, müssen in diesem Zustand ein hohes Maß an Freiheitsbeschränkung und die Willkür in Kauf genommen werden, die nun einmal in der Natur jedes hierarchischen Systems liegen. Ein geringer Trost besteht in der formal durchgeführten Gerechtigkeit auf einer sehr niedrigen Stufe des Lebensstandards.

Wir erleben zur Zeit in einigen kommunistischen Ländern den allmählichen Übergang zu ausgereifteren Formen des Industriesystems, das heißt das Entstehen einer Konsumgüterwirtschaft. Die Rückwirkungen auf das Wirtschaftssystem und auf die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse sind noch schwer abzusehen. Immerhin beginnt die streng hierarchische Ordnung sich aufzulockern. Freiheitliche und humane Ideen haben Chancen, gehört zu werden.

Inzwischen hat die Diskussion über die zweckmäßigste Wirtschaftsform im Rahmen des kommunistischen Systems begonnen, und es wurden, zum Teil an jugoslawische Erfahrungen anschließend, bereits praktische Versuche unternommen. Wenn dabei auch in der letzten Zeit - insbesondere in der Tschechoslowakei - gewisse marktwirtschaftliche Gedanken stärker in den Vordergrund getreten sind, läßt sich dennoch kaum eine Voraussage über die zukünftige Entwicklung machen. Sie wird auch davon abhängen, ob sich die Technostruktur unmittelbar und ohne Umwege im überwiegenden Teil der Wirtschaft durchsetzt. Dann würden die Befehle der staatlichen Wirtschaftshierarchie durch die Planung innerhalb der Technostruktur abgelöst und auch außerhalb des wirtschaftlichen Bereiches ein größeres Maß an Freiheit gewonnen werden. Eine Veränderung der Eigentumsstruktur, abgesehen vielleicht von Handwerk, Kleinhandel und den Gegenständen des Lebens- und Wohnbedarfs, ist nicht zu erwarten. Es ist allerdings zweifelhaft, ob sich dieses System für das Wachstum des Sozialprodukts, die Innovation und den sozialen Wandel als effizient erweisen wird.

Wir sollten zwar die wirtschaftliche Entwicklung in den kommunistischen Ländern mit offenen Augen betrachten; nach unserer heutigen Erkenntnis wird aber mit den dortigen Methoden weder die optimale Ausnutzung der Produktionsfaktoren noch die Gewährleistung der Freiheit zu erreichen sein.

Ich habe bisher die Beurteilung wirtschaftspolitischer Systeme sowie die voraussichtliche technische und wirtschaftliche Entwicklung in den Vordergrund gestellt. Die Rolle des Staates beziehungsweise der zuständigen öffentlichen Stellen wurde gewissermaßen als vorgegeben behandelt. Im Gegensatz zu Amerika und der Sowjetunion stehen wir in Europa vor der Frage, ob die Zukunftsaufgaben noch sachdienlich von den einzelnen europäischen Nationalstaaten wahrgenommen werden können. Welche Formen der Kooperation oder gar der Integration müssen angestrebt werden?

Europa muß sich gegenüber dem Wettbewerb der USA und Japans behaupten. Für schöpferische Gestaltungsmöglichkeiten im gesellschaftspolitischen und politischen Bereich ist ein großer europäischer Binnenmarkt Voraussetzung. Dieser kann nur durch eine institutionell abgesicherte Vollintegration, wie sie im Vertrag von Rom vorgesehen ist, erreicht werden. Ohne eine forcierte Entwicklung der Technostruktur würden die europäischen Länder auf die Dauer zu Satelliten der amerikanischen und vielleicht auch der sowjetischen Wirtschaft werden. Das würde auch unsere politischen Gestaltungsmöglichkeiten einschränken. Sicherlich sollten wir in Europa nicht einfach die Lösungen der anderen übernehmen, sondern müßten aufgrund des größeren wirtschaftlichen Spielraums die Verhältnisse in den Formen zu gestalten versuchen, die unseren Traditionen und unseren Leitbildern entsprechen.

Einige der im marktwirtschaftlichen System und in der Technostruktur vorausgesetzten öffentlichen Tätigkeiten müssen bei einer Vollintegration nicht mehr allein vom Nationalstaat, sondern auch von supranationalen oder internationalen Organisationen ausgeübt werden. Dabei handelt es sich erstens um Maßnahmen der Legislative und Exekutive, nämlich um die Errichtung eines Ordnungsrahmens für fairen und unverfälschten Wettbewerb und seine Durchsetzung. Zweitens geht es um eine Wirtschaftspolitik, welche die Gesamtnachfrage durch eine koordinierte Geld- und Finanzpolitik steuert. Drittens sind Staatsaufträge erforderlich, welche die Gesamtnachfrage beeinflussen sowie Wachstumsindustrien und Forschung in steigendem Umfang fördern. Nicht zuletzt kommt es auf Maßnahmen der Struktur-, Regional- und Sektorenpolitik an.

Einige dieser Aufgaben können heute nicht mehr von den einzelnen Staaten allein, sondern nur in enger Koordinierung mit anderen Ländern oder durch gemeinsame Organe bewältigt werden. Für den Ordnungsrahmen sind supranationale Regeln notwendig. Auch die Durchsetzung muß einheitlich sein. Beides ist durch den EWG-Vertrag gewährleistet.

Für die Steuerung der Gesamtnachfrage jedoch genügt auf die Dauer eine stets vom Veto bedrohte Koordinierung nicht. Auch dafür müssen verbindliche Regeln und mit den erforderlichen Befugnissen ausgestattete Institutionen geschaffen werden. Das bedeutet den Verzicht auf die alleinige Finanz- und Währungshoheit der Nationalstaaten und die Errichtung eines gemeinschaftlichen Kapitalmarktes. Bei bestimmten öffentlichen Aufträgen wäre zumindest eine Koordinierung wünschenswert, um eine bessere Arbeitsteilung zu erreichen. Je mehr wir uns aber dem Zeitalter der Technostruktur nähern, um so notwendiger wird es, für die europäischen Unternehmen einen gemeinsamen Partner oder besser Gegenspieler zu schaffen. In der Regional-, Struktur- und Sektorenpolitik wird man sich wohl vorläufig mit einheitlichen Leitlinien und einer wirksamen Koordinierung begnügen können.

Solche Lösungen sind ohne Verzicht auf nationale Hoheitsrechte nicht möglich. In bestimmten Sachgebieten ist dieser Souveränitätsverzicht und die Übertragung von bestimmten Hoheitsrechten auf die Organe der EWG bereits erfolgt. Dieser Prozeß muß fortgesetzt werden, wenn die Zukunftsaufgaben erfüllt werden sollen. Es gilt, neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Ziele zu bestimmen und die Methoden dafür zu entwerfen. Weiterhin muß Klarheit darüber bestehen, welche Institutionen mit den einzelnen Aufgaben betraut werden sollen.

In der nationalstaatlichen Periode ging man von der selbstverständlichen Voraussetzung aus, daß alle öffentliche Gewalt an einer Stelle zusammengefaßt sein müsse. Eine solche Bündelung der Hoheitsrechte sollte zunächst Thron und Altar sichern, später die nationalen Interessen durchsetzen und dem sogenannten Gemeinwohl dienen. Eine genaue Definition dieser Begriffe wurde nicht für notwendig gehalten, weil darüber - jedenfalls bei den führenden Schichten - ein vorverstandesmäßiger Konsensus bestand. Das ist jedoch schon lange nicht mehr der Fall.

Was stand eigentlich gesellschaftlich, wirtschaftlich und institutionell hinter den Wertvorstellungen des Nationalstaates? In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg herrschte eine strenge Hierarchie in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Man hatte bestimmte Ideen von einer vorgegebenen Ordnung. So wurden der Eigentumsbegriff, die Notwendigkeit des Sparens und die wirtschaftliche Stärke hervorgehoben; die Gewinnung von Lebensraum, die Eroberung von Rohstoffmärkten und die Einteilung in Schichten mit ihren Folgen für Bildungswesen, Freizeitgestaltung und mit dem Bereich des zwischenmenschlichen Verhaltens standen im Vordergrund. Dementsprechend wurde die Aufgabe des Staates hauptsächlich in der Bewahrung des Vorhandenen gesehen.

Damit wurde die hoheitliche Komponente, die mit Herrschaft und Machtausübung verbunden ist, stark hervorgekehrt: Ordnung im Inneren, Stärke nach außen. Die rechtsstaatlichen Garantien für den Schutz der Einzelinteressen bestanden im Gesetz und im Verfahren. Man kann sagen, daß diese Vorstellungen nach den damals - bei der Oberschicht - herrschenden Auffassungen sachdienlich und zielkonform waren. Auf die Folgen, die sich im Inneren und im Äußeren ergaben, kann ich heute nicht eingehen. Infolge der innigen Verbindung, die der Gedanke des Nationalstaates mit dem Begriff der Nation eingegangen war, gelang auch die Identifikation mit den Betroffenen. Nachdem die gefühlsmäßigen Bindungen an das Herrscherhaus, an die "alte Ordnung" zu verblassen begannen, traten die Gefühlswerte Sprache, gemeinsame Geschichte, Bildung und Volkstum in den Vordergrund. Diese Identifikation ließ dem einzelnen auch große Opfer, ja den Einsatz des eigenen Lebens als sinnvoll und gerechtfertigt erscheinen.

Ipsen

Als Ansatz für die Diskussion möchte ich zunächst die Frage stellen, ob das Bild, welches Galbraith von Amerika gibt, in absehbarer Zukunft auch bei uns als Realität zu erwarten ist, so daß wir uns damit auseinandersetzen müssen.

Eine zweite Frage betrifft die Rolle, die der Staat oder andere zuständige öffentliche Stellen wahrzunehmen haben, um die von Herrn von der Groeben genannten Ziele zu verfolgen. Dabei hat Herr von der Groeben einen Horizont geöffnet, der selbst die Spannweiten der allgemeinen Staatslehre beträchtlich übersteigt. In dieser Beziehung werden wir sicherlich darauf achten müssen, daß wir bei unserem Thema bleiben.

Im übrigen nehme ich an, daß allein schon meine Präsenz genügende Herausforderung für Ihre Diskussion ist, und zwar sicherlich für alle Nicht-Juristen, für die Juristen jedoch deshalb, weil ich im Fachgebiet öffentliches Recht tätig bin.

Jantsch

Das neue Buch von Galbraith kann in Europa nur Verwirrung stiften, weil man es als Diagnose und Prognose einer Realität betrachtet. Die Diagnose ist aber falsch.

Wie verläuft heute die Entwicklung im amerikanischen Wirtschaftssystem, das als Modell von uns durchaus diskutiert werden kann, ohne daß es sich in Europa in der gleichen Weise zu verwirklichen braucht? Kenner der amerikanischen Industrie stimmen darin überein, daß die Gesellschaft heute nicht von den Zielen der Technostruktur bestimmt wird, wie es Galbraith meint. Die Industrie bemüht sich im Gegenteil in zunehmendem Maße, die gesellschaftlichen Ziele auf industrielle Ziele zu übersetzen. Darin liegt die größte Herausforderung an die schöpferischen Kräfte der Industrie. Damit verstärkt sich auch ihre Rolle in der Planung für die Gesellschaft, die heute noch weitgehend Sache des Staates ist.

Wie sehen nun die gesellschaftlichen Zielsetzungen, die möglichen Zukünfte aus? So hat zum Beispiel der National Industrial Conference Board in Amerika vor ungefähr drei Jahren ein System eingerichtet das dem Studium gesamtter Zukünfte, langfristiger Möglichkeiten und Optionen dient. Durch einen Zusammenschluß mit dem Institut für die Zukunft, das von Systemanalytikern der Rand Corporation und anderen Gruppen gebildet wird, versucht man nun erstmals, verschiedene machbare Zukünfte mit ihren Konsequenzen zu studieren. Dabei geht es einerseits um die heutigen Aktionen in Richtung auf diese Zukünfte, andererseits um die zukünftigen Zielsetzungen für die heutigen Handlungen.

Dieses Studium ist in der amerikanischen Industrie bereits weiter gediehen als im Staat. In Europa ist der Staat noch nicht bereit, sich mit der Industrie über solche gesellschaftlichen Zielsetzungen auseinanderzusetzen. In Amerika betrachten selbst führende Beamte des Weißen Hauses die Regierung lediglich als eine gut funktionierende Gesellschaft. Der Kongreß und der Präsident sollen die nationalen Ziele formulieren, während die Minister jeweils eigene Zielsetzungen entwickeln. Es werden dafür jedoch nur dann Mittel zur Verfügung gestellt, wenn diese Ziele in einen korporativen Gesamtplan für die Nation hineinpassen. Ein Minister hat also durchaus nicht die souveräne Macht über den Einsatz seiner Budget-Mittel.

Salin

Wir sollten uns nicht über Galbraith unterhalten, der zu unserem heutigen Thema in seinem Buch nicht ein Wort gesagt hat. Er sieht die Entwicklung nur aus der amerikanischen Perspektive. In den USA ist der innere Markt entscheidend; der Außenhandel macht nur zwei Prozent des gesamten Sozialproduktes aus.

Ehrenberg

Galbraith hat eine fundierte soziologische und ökonomische Analyse der amerikanischen Gegenwart gegeben, die wir als unsere Zukunft ansehen müssen.

Herr von der Groeben sagte, daß sich in der Bundesrepublik bereits der Übergang von der Investitionsgüter- zur Konsumgüterwirtschaft vollzogen habe. Aufgrund dieser raschen Entwicklung haben wir jedoch einen erheblichen Nachholbedarf an öffentlichen Investitionen, wodurch schon die erste leichte Rezession eine Vielzahl von Strukturproblemen deutlich machte. Diese Strukturprobleme sollten so gelöst werden, daß ein stetiges, angemessenes Wachstum gesichert ist. Durch die Ausbreitung der Technostruktur verändert sich die Marktwirtschaft. Die Großunternehmen werden immer mehr gezwungen, den Markt zu gestalten, anstatt sich ihm anzupassen.

In Europa muß die Wirtschaftspolitik mit den Mitteln der Globalsteuerung vorausgeplant werden. Wenn man diese Entwicklung in der Bundesrepublik nicht erkennt, werden wir in dreißig Jahren nicht mehr zu den Industrienationen gehören.

Dichgans

Ich stimme Ihren Sorgen zu, Herr Ehrenberg. Wir können gegenüber der amerikanischen Konkurrenz nur dann bestehen, wenn es uns gelingt, den Markt in Europa, das heute schon fast soviel wie die Hälfte des Bruttosozialproduktes der USA herstellt, echt zu integrieren.

Kaiser

Das Referat von Herrn von der Groeben hat gezeigt, wie sehr einige Vorstellungen und Begriffe von Galbraith geeignet sind, unsere Lage in Europa zu erhellen.

In allen Integrationsgebilden und insbesondere in der europäischen Integration erfahren wir eine Zunahme der geschichtlichen Größenverhältnisse. Das zeigt sich auch in der von Galbraith beschriebenen Technostruktur, die bei uns weitgehend großräumig ist, das heißt, die Grenzen der Nationalstaaten überschreitet.

Durch die Innovationen in der Industrie entstehen zwischen neuen und alten sowie zwischen den neuen Produkten selbst stärkere Konkurrenzbeziehungen als bisher. Das hat sicherlich Folgen für die zukünftige Form des Wettbewerbs.

Aus solchen Faktoren ergeben sich Änderungen im Motivationssystem der Technostruktur. Zu diesen Faktoren rechne ich vor allem auch die enge Beziehung der Technostruktur zur öffentlichen Gewalt, sei es zum Staat oder zu einem supranationalen Gebilde, die in ihrem Motivationssystem ebenfalls Änderungen hervorruft.

Herr von der Groeben warf die Frage auf, ob die öffentliche Gewalt im Staat in einer einzigen Institution konzentriert sein müsse, wie es in der nationalstaatlichen Epoche der Fall war. Ich bin der sicheren Überzeugung, daß dies nicht erforderlich ist. Die öffentliche Gewalt sollte nicht nur dezentralisiert sein oder in föderativen Gebilden liegen, sondern die Technostruktur partizipiert auch bei uns in Europa bereits stark am "decision making process", wie es die Amerikaner nennen. Dafür ist die konzertierte Aktion in Bonn ein Beispiel, und unsere Vorstellung von einer öffentlichen Gewalt in der einen oder anderen Institution des Staates oder in einer supranationalen Kommission reicht nicht hin, um die Entscheidungsträger zu bezeichnen, die es in dem gewaltigen Prozeß wirtschaftspolitischer Willensbildung gibt.

Salin

Die Aussagen über "Technostruktur" bei Galbraith sind in keiner Weise auf die Bundesrepublik anwendbar. Eventuell könnten sie noch auf die Wirtschaft eines Vereinigten Europa zutreffen.

Dieses gemeinsame Europa ist nicht nur im Entstehen, sondern wir sollten es auch mit unserem ganzen Willen herbeiführen. Ich finde allerdings, daß man in Brüssel zu sehr die Terminologie des Generals akzeptiert hat, indem man nur von national und supranational spricht. Dazwischen sollte jedoch der Begriff "multinational" liegen.

von der Groeben

Ich sprach davon, daß es entweder eine gemeinschaftliche Entscheidung oder Kooperation unter den Partnern oder auch eine Zwischenform geben müsse.

Salin

Gerade die Zwischenform halte ich für sehr wichtig, und hierhin gehört die Marktwirtschaft. In der EWG sollte alles abgebaut werden, was einen Zusammenschluß verhindert. Zum Beispiel muß das deutsche Kartellrecht so geändert werden, daß es entsprechend den deutschen Rechtsbestimmungen innerhalb der EWG durchzusetzen ist. Das gleiche ist auch auf anderen Gebieten notwendig.

Dazu möchte ich ein Beispiel anführen. Man hat in Brüssel errechnen lassen, daß die Automobilproduktion erst bei mindestens 60000 Wagen im Jahr für ein Unternehmen rentabel ist. Diese Zahl trifft offenbar für amerikanische Verhältnisse zu. Wenn sie auch für das entstehende Europa gilt, dann verfügt in der Bundesrepublik nur das Volkswagenwerk über eine optimale Produktionskapazität, mit der es innerhalb des großen Marktes konkurrenzfähig wäre. Wenn jedoch ein so großer Markt kommen sollte, der die Anwendung der "Technostruktur" möglich macht, dann haben wir in der Bundesrepublik überhaupt kein Werk, das den Erfordernissen des internationalen Wettbewerbs entspricht, weil keines eine Auswahl vom kleinsten bis zum größten Wagen anbieten kann.

Nun wird dagegen eingewandt, daß doch Porsche mit einer Jahresproduktion von 23 000 Fahrzeugen existieren könne. Natürlich läßt sich innerhalb der Marktwirtschaft feststellen, welche vermögenden Kreise imstande sind, den hohen Preis für ein solches Fahrzeug anzulegen. Danach kann man dann die Produktion ausrichten. Eine Vereinigung der sechs Länder wird aber mit Sicherheit zu der Erkenntnis führen, daß wir zu viele Firmen und daher zu viele Modelle haben. Bei den Lastwagen zum Beispiel werden allein in der Bundesrepublik siebenmal soviel Typen angeboten wie in den Vereinigten Staaten.

Die Marktwirtschaft funktioniert also bei uns nicht so, wie sie sollte und könnte, was aber bei einer multinationalen Organisation um so notwendiger wäre, als sich sonst Konsequenzen ergeben, wie sie Servan-Schreiber mit dem "défi américain" beschreibt. Dabei beruht die amerikanische Herausforderung zum großen Teil auf der Unfähigkeit der europäischen Wirtschaft.

Die Chancen für die freie Marktwirtschaft nehmen im entstehenden Europa für eine Übergangszeit sogar noch zu; denn nur in einem freien Markt wird sich zeigen, welche Firmen und welche Modelle in dem großen Rahmen existieren können. Erst wenn sich eine amerikanische Technostruktur in Europa ausbreiten sollte, besteht die Gefahr, daß hier eine Planwirtschaft eingeführt wird, die das russische Muster an rigorosem Perfektionismus noch übertrifft.

Dichgans

Welches sollten die Wert- und Zielvorstellungen unseres Staates sein? Was die Werte angeht, so wird mir allenthalben dringend davon abgeraten, etwa Begriffe wie Vaterland, Christentum oder Familie zu nennen; das sei abwegig. Selbst die Worte Freiheit und Rechtsordnung erscheinen problematisch; denn wir werden seit kurzem belehrt, daß die Freiheit keineswegs für die schädlichen Meinungen gelten solle. Unsere Rechtsordnung diene im Grunde nur der Erhaltung der herrschenden Klasse. Deshalb sei es legitim, dagegen vorzugehen.

Hinzu kommt die Frage nach den Zielvorstellungen. Wir müßten wissen, wie unser Staat politisch, wirtschaftlich und sozial im Jahre 1978 aussehen soll. Wir betreiben zur Zeit in der Bundesrepublik eine pragmatische Weiterentwicklung des jeweiligen Zustandes. Diese kurzfristige tagespolitische Taktik ist uns aber im ganzen nicht gut bekommen.

Für den Bereich der Werte drängt sich mir die historische Formel Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit auf. Als vierten Wert füge ich den Wohlstand hinzu.

Was die politischen Ziele angeht, so möchte ich zunächst nur formal sagen, sie sollten es unseren Bürgern ermöglichen, sich mit ihnen zu identifizieren. Herr von der Groeben hat mit Recht darauf hingewiesen, daß dies den Großunternehmen unserer Industriegesellschaft überraschend gut gelungen sei. Im Gegensatz zur Theorie von Karl Marx ist heute der Mann, der bei Krupp, Bosch und auch bei Herrn Körber arbeitet, stolz darauf, daß er in diesen Betrieben tätig ist. Unser Staat hat eine ähnliche Identifizierung der Bürger mit seinen politischen Zielen bisher nicht erreicht. Ich habe daher vorgeschlagen, die Frage nach den Werten und den Zielen unseres Staates zum Gegenstand einer verfassunggebenden Nationalversammlung zu machen.

Bei der Verwirklichung der sozialen Ziele scheint es mir heute weniger um die Bewilligung von Geldmitteln als um die Durchsetzung der menschlichen Gleichberechtigung zu gehen. So bestehen zum Beispiel in der Bundesrepublik noch immer absurde Rang- und auch Bewußtseinsunterschiede zwischen Volksschülern und Gymnasiasten. Wenn vom Generaldirektor bis zur Reinmachefrau ein Gefühl menschlicher Gleichberechtigung vorhanden wäre, ließen sich auch die Probleme unserer Sozialpolitik leichter lösen.

Aber unser Thema ist die Wirtschaftspolitik. Ihr erstes Ziel ist Maximierung des Sozialproduktes. Das setzt, als Folge des technologischen Fortschritts, große Produktionseinheiten voraus. In der Stahlindustrie kann man eine Breitbandstraße, wenn sie wirtschaftlich arbeiten soll, nur für eine Produktion von zwei Millionen Jahrestonnen und nicht von 20000 auslegen. Auch die Herstellung der chemischen Kunststoffe ist derart vielfältig und umfangreich, daß wir Zusammenschlüsse fördern und die Formen der Kooperation verbessern müssen.

Ich bin keineswegs für die Ausschaltung des Wettbewerbs. Denn ohne Konkurrenz wird jede Industrie sehr bald unmodern. Ich halte aber nichts von einer mathematischen Wettbewerbstheorie, nach der die heutige Zahl der Konkurrenten unter allen Umständen zu schützen sei. Ein Wettbewerb zwischen drei Giganten kann für die Volkswirtschaft nützlicher sein als ein Konkurrenzkampf zwischen hundert Produzenten, die nur ihre unzureichende Struktur verteidigen.

Unsere Wirtschaft wird immer mehr ein Agglomérat von Großunternehmen. Diese Tatsache nehmen nur wenige zur Kenntnis. Zwar ziehen wir bereits einige Konsequenzen: Staatsbürgschaften werden zum Beispiel immer häufiger ein normales Instrument der Industriefinanzierung. Wir sollten uns jedoch mehr grundsätzliche Gedanken über diesen Prozeß machen.

Hickel

Herr von der Groeben entwickelte einen Katalog gesellschaftlicher Interessen beziehungsweise Ziele, an denen er den Marktmechanismus sowie dessen Leistungsfähigkeit instrumental und funktional überprüfte. Er stellte dann systemimmanent dar, wie diese Marktwirtschaft zu funktionieren hat. Bevor man sich jedoch mit diesem Zielbündel kritisch auseinandersetzt, sollte eine Frage nicht übersehen werden. Wenn unser Thema lautet: "Hat die freie Marktwirtschaft noch eine Chance im entstehenden Europa?", so frage ich ketzerisch: "Soll sie überhaupt noch eine Chance haben?" Es geht mir also zunächst einmal um die Vermittlung der sozialen Implikationen des früher ideologisch als "größtes Glück" und heute zumindest vordergründig - technokratisch als "Rechenmaschine" verstandenen Marktmechanismus.

Bei Herrn Dichgans wurde deutlich, daß man von Wettbewerb nicht als dem "ordre naturel", dem schlechthin Gesetzten und Unverwerflichen, redet, sondern ihn lediglich als ein Mittel ansieht. Das entspricht dem methodischen Vorgehen von Herrn von der Groeben. Im Anschluß an dessen Ausführungen bleibt die Frage, ob die von ihm genannten Ziele überhaupt erreicht werden sollen und ob sie gegebenenfalls mit dem Wettbewerb erreichbar sind.

Ist die Maximierung des Sozialproduktes schlechthin eine Zielvorstellung dieser Gesellschaft? Maximierung des Sozialproduktes ist keine operable Kategorie. Mit diesem Begriff werden somit eigentliche Ansprüche verschleiert. Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, daß bei unserem rapiden wirtschaftlichen Wachstum die Addition der Kühlschränke zum Indikator des größten Glücks unserer Gesellschaft wird. Es bietet sich hier ein entscheidender Ansatzpunkt für ideologiekritische Betrachtungen des Wachstums- und Konsumfetischismus an. Aufgrund sich ständig erweiternder Reproduktion wird der Mensch in die Eindimensionalität gezwungen. Die Fragwürdigkeit dieses Ansatzes läßt sich an einer Untersuchung von Prof. Stützel über ökonomische Ziele verschiedener Befragter in der Bundesrepublik exemplifizieren.

Die Konsumentensouveränität würde ich als Zielsetzung grundsätzlich akzeptieren, jedoch nur, wenn man sie materiell konkretisiert und nicht nur als formalen Anspruch apostrophiert. Das wird etwa in der Behauptung manifest, der Kauf der "Bild"-Zeitung entspreche einer "freien" Kaufentscheidung. Die Konsumentensouveränität kann sich nur aufgrund originärer Bedürfnisse und entsprechender alternativer Offerten der Produzenten konkretisieren; denn in allen anderen Fällen wird sie zur manipulierten "Freiheit" des Profitinteresses.

Nur eine so verstandene Konsumentensouveränität legitimiert als Äquivalent im Produktionssektor die Freiheit des Unternehmers, die die dritte Bedingung und Zielsetzung nach Herrn von der Groeben darstellt. Wenn die Freiheit der unternehmerischen Entscheidung einem manipulierten Konsumenteninteresse gegenübersteht, bedeutet sie die ideologisierte Sanktionierung eines asymmetrischen, das heißt eines Ausbeutungsverhältnisses.

Auch gerechte Einkommensverteilung wurde von der Marktwirtschaft gefordert, aber bisher durch sie nicht realisiert. Die Forderung allein stellt lediglich eine pseudo-soziale Rechtfertigung der Marktwirtschaft dar. Herr von der Groeben behauptete, daß die Einkommensverteilung verbessert worden sei, der Anteil der breiten Massen am realen Sozialprodukt habe sich vergrößert. Das ist eine systeminhärente Erscheinung und kann als quantitative Erweiterung der "breiten" Massen interpretiert werden. Wenn ich aber die noch bestehende Diskrepanz zwischen hohem und Normaleinkommen pro Kopf betrachte, kann ich der Aussage von Herrn von der Groeben nicht zustimmen.

Abgesehen von diesen kritischen Bemerkungen zum Zielkatalog, wende ich mich dagegen, daß Herr von der Groeben sich in seinen Ausführungen mehrmals auf das Mittel der Trendanalyse für den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß berief. Bei unveränderter Struktur beinhalten Trendanalysen, wie sie in den Aktionsprogrammen der EWG vorgenommen werden, eine Prolongation des Bestehenden beziehungsweise eine Antizipation der derzeitigen Herrschaftsverhältnisse für die wirtschaftspolitische Gestaltung der Zukunft. Der Status quo wird somit nicht nur akzeptiert, sondern durch Planung für die Zukunft bewußt perpetuiert.

Nach so viel Kritik würde ich konstruktiv zum Thema vorschlagen, daß der Marktmechanismus erhalten bleiben sollte, soweit er die Faktor-Allokation optimal besorgt. Das setzt aber Unternehmer- und Konsumentenfreiheit in dem von mir erwähnten Sinne voraus. Dabei halte ich jedoch folgende

Einschränkung für wichtig: Eine modelltheoretisch im Sinne von Pareto oder von Walras verstandene Marktwirtschaft löst die Allokationsproblematik, nämlich die Determinierung von Preisen und Mengen der Faktoren und Güter, innerhalb eines vorgegebenen Datenkranzes - etwa bei konstanter Einkommensverteilung - optimal. Dieses Optimum selbst aber ist somit parametrisch von den gesetzten Rahmenbedingungen abhängig, die politisch, das heißt demokratisch, bestimmt werden müssen. Gesucht ist ein Optimum optimum, das sich an den gesamtgesellschaftlichen Zielsetzungen orientieren sollte. Diese müssen demokratisch über den herrschaftsfreien Konsensus aller bestimmt werden.

Die Marktwirtschaft funktioniert auf diese Weise nur in ökonomischen Teilbereichen einer insgesamt demokratisierten Gesellschaft. Meines Erachtens hat Herr von der Groeben übersehen, daß Marktwirtschaft nachweislich tendenziell dem spezifischen, dialektischen Prozeß ihrer Selbstaufhebung unterliegt. Deshalb müssen Widersprüche zwischen den der Marktwirtschaft zugeschriebenen Funktionszielen und den demokratisch gewonnenen Gesellschaftszielen offengelegt und die inkompatiblen Ziele rational aufeinander abgestellt werden. Damit wird die Marktwirtschaft selbst nicht zum statischen Refugium antidemokratischer Interessen, sondern wird vielmehr in den dynamischen Prozeß gesellschaftlicher Entwicklung einbezogen. Eine rationale Diskussion über modellimmanente Zielsetzung und die angedeutete Abstimmung auf gesellschaftliche Zielsetzungen, die natürlich normativen Inhalts sind, würde helfen, latente und offene Widersprüche im heutigen System der Bundesrepublik zu artikulieren und zu überwinden, gegen die sich vor allem der studentische Protest wendet.

Taubes

Wer die gesellschaftliche Entwicklung und die Krise der europäischen Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg auf die Hypertrophie von nationalen Werten zurückführt, verwechselt Symptom und Ursache.

Die Insistenz auf nationalen Werten ist im Europa der Zwischenkriegszeit nur Vordergrund und Zeichen für die Wandlung vom Kapitalismus zum Faschismus. Diese Entwicklung darf aber unter keinen Umständen als Betriebsunfall übergangen werden, denn sie ist in fast höhnischer Weise dem System der europäischen Industriegesellschaft immanent. Wer vom Kapitalismus spricht, muß auch vom Imperialismus reden.

Gerade am Beispiel Deutschland, das nach dem Ersten Weltkrieg ohne Kolonien in die Epoche des Imperialismus eintrat, läßt sich die These vom Imperialismus beweisen. Im Nationalsozialismus schlägt der Imperialismus auf das europäische Staatensystem selbst zurück. Das Novum des Nationalsozialismus, die im Imperialismus vorausgesetzte, wenn auch nicht immer ausgesprochene Distinktion von Herren und Sklaven, von Menschen und Untermenschen, wird auf den europäischen Raum selbst übertragen: Arier und Juden, Germanen und Slaven. Der Nationalsozialismus ist vor einer Konsequenz, die im Imperialismus angelegt ist, nicht zurückgeschreckt und hat diese im europäischen Raum demonstriert.

Wenn gesagt wird, daß sich die westeuropäische Gesellschaft der amerikanischen heute mehr und mehr angleiche, so soll nicht verschwiegen werden, daß die Vereinigten Staaten von Amerika heute das Erbe des europäischen Imperialismus angetreten haben. Ist der Imperialismus heute aber nicht schon ancien régime? Der Aufstand der Dritten Welt einerseits und die Revolte der studentischen Intelligentsia in den hochindustrialisierten Ländern andererseits sollten uns doch warnen, das amerikanische Beispiel als vorbildlich und verbindlich darzustellen. Sollten wir nicht anderes im Sinne haben als die Imitation der USA?

Stolze

Herr Taubes behauptet in einer mir kaum verständlichen Form, daß der Kapitalismus nahtlos in den Faschismus übergegangen sei. Es gibt viele kapitalistische Staaten in der Welt, aber nur wenige von ihnen sind faschistisch geworden. Für Herrn Taubes ist Deutschland Beweis genug, daß kapitalistische Staaten immer faschistisch werden. Dann könnte man aber auch den Stalinismus als Beweis gegen das kommunistische System anführen.

Ohne Zweifel wird es in den nächsten Jahrzehnten impériale Mächte geben. Dazu gehören die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, aber auch Japan, das sich nicht nur ökonomisch, sondern unter Umständen auch politisch und militärisch stärker zu entwickeln beginnt. China wird ebenfalls einmal dazu gehören. Ich sehe aber nicht, wie die Bundesrepublik in diesen Rang aufsteigen soll.

Mestmäcker

Kapitalismus ist kein analytischer Begriff, sondern kann auf beliebige Wirtschaftssysteme angewendet werden, in denen die Verfügung über den Wirtschaftsablauf verschieden verteilt ist. Wir haben demgemäß auch verschiedene verfassungspolitische Probleme. Auch in der Geschichte zeigen sich keine speziellen Zusammenhänge zwischen bestimmten Wirtschaftssystemen und Imperialismus.

Der Übergang vom Kapitalismus zum Faschismus, der nicht nur in Deutschland, sondern auch in einigen anderen Ländern zu untersuchen wäre, wird in einer falschen Richtung dämonisiert, wenn man meint, daß der Kapitalismus notwendig den Faschismus produziere. Die Versuchungen der absoluten Macht sind leider auf kein bestimmtes Wirtschaftssystem beschränkt. Das Problem, wie man politische Macht binden kann, ist eines der großen Themen der Verfassungspolitik. Wenn man Amerika als ancien régime darstellt, treibt man den Zynismus zu weit. Die USA sind eines der wenigen Länder in der Geschichte, die über zweihundert Jahre hinweg einen geordneten verfassungsmäßigen Übergang der Staatsgewalt ermöglicht haben. Kein anderes Staatswesen hat eine ähnliche rechtsstaatliche Leistung mit weniger Blutvergießen zustande gebracht.

Ipsen

Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?

Mestmäcker

Wir haben es in der Diskussion über die Marktwirtschaft, die von Herrn Taubes mit Kapitalismus gleichgesetzt wird, eben nicht mit dem Imperialismus zu tun. Zwar handelt es sich bei der Marktwirtschaft um ein hochpolitisches Problem, in dem auch die Machtkontrolle eine Rolle spielt; aber es gibt keinen vorgegebenen Sachzwang, wonach gerade die Marktwirtschaft zum Imperialismus tendiert.

Wenn man schon Ideologien als historische Vorbilder anstelle von Analysen präsentiert, dann könnte ich Ihnen auch sagen, Herr Taubes: das privatwirtschaftliche System und der Liberalismus sind seit dem 18. Jahrhundert immer wieder als die einzig sichere Methode zur dauernden internationalen Friedenssicherung angesehen worden. Das können Sie noch heute in vielen Regierungserklärungen lesen. Ich teile diesen Standpunkt nicht, sondern weise Sie nur darauf hin, daß es auch die genau umgekehrte Auffassung gibt.

Taubes

Ich bestreite nicht, daß der Liberalismus Formen geschaffen hat, in denen die Gewalt von Menschen über Menschen zurückgedrängt oder zumindest verdeckt wurde. Aber in der liberalen Reduktion der Menschen auf Agenten und Träger des Warenaustausches versteckt sich die Herrschaft von Menschen über Menschen. Die Formierung der industriellen Gesellschaft vollzieht sich nicht jenseits der Konflikte und Antagonismen, sondern ihr Medium ist der Antagonismus selbst. Gerade die Entwicklung der USA kann uns dies lehren. Solange es durch die offene Grenze nach Westen möglich war, das Problem der Gewalt zu unterspielen, konnten die liberalen Spielregeln innerhalb der amerikanischen Gesellschaft entwickelt werden. Dabei blieben Indianer, Neger und so weiter "selbstverständlich" außerhalb dieser liberalen Spielregeln. Verengt sich jedoch der Spielraum für die amerikanische Gesellschaft, dann wird Gewalt manifest. Das ist gerade in den Vereinigten Staaten heute der Fall. Gewalt nach außen: Vietnam - und Gewalt nach innen: die Neger, sind Manifestationen einer Krise des liberalen Systems in Amerika, die die Fundamente der liberalen Gesellschaft in Frage stellen.

Mestmäcker

Es ist doch wesentlich, worauf man die Gewalt zurückführt, die "manifest" wird und die man für relevant hält. Solange wir uns auf die Feststellung dieser Manifestationen beschränken, beweisen wir nichts.

Altmann

Wir beobachten heute eine Stagnation der Industriegesellschaften. Die Unruhen der studentischen Jugend sind ein Symptom dieser Erscheinung, und zwar nicht nur bei uns in der Bundesrepublik. Diese Stagnation ist auf eine Spannung zwischen der raschen wirtschaftlich-technischen Veränderung und einer geistigen und politischen Stumpfheit der Institutionen zurückzuführen. Hier liegt ein Kulturproblem, das nicht mit dem Schlagwort von der freien Marktwirtschaft gelöst werden kann.

Jochimsen

Die Maximierung des Sozialproduktes als Zielsetzung ist ein Erbe der Wirtschaftskrisen, in denen die Arbeitslosigkeit katastrophales Ausmaß angenommen hatte. Gemeint ist die volle Ausnutzung der Ressourcen zu jedem Zeitpunkt. Damit ist jedoch noch keine Zielrichtung vorgegeben. Was maximiert wird, ist ein Produkt aus Preisen und Mengen. Welche Güter dabei in Mengen und Preisen bewertet werden, ist eine buchhalterisch völlig uninteressante Frage. Jedes Gut trägt zum zahlenmässigen Sozialprodukt bei, aber nicht jedes Gut in jeder Menge ist erstrebenswert. Das gilt besonders, wenn - wie Galbraith nachgewiesen hat - ganze Güterkategorien, nämlich die öffentlichen Güter, in der Marktwirtschaft systematisch unterbewertet sind und dementsprechend nur in geringen Mengen erzeugt werden. Eine der Hauptschwierigkeiten liegt darin, diese Maximierung des Sozialproduktes operational zu formulieren.

Linder

Ich bin mir nicht sicher, ob wir bei der Frage der Zielsetzung immer das gleiche meinen. Im Pareto-Modell der Marktwirtschaft zum Beispiel geht es nicht mehr um die Maximierung des Volkseinkommens, sondern um die individuelle Nutzenmaximierung bei einem gegebenen Volkseinkommen. Jeder Eingriff in dieses Modell würde dann den Ausgleich der individuellen Präferenzen beschränken. Es gibt kein theoretisches Modell, das schlüssig und unter Hypothesen, die für die Praxis akzeptabel wären, aussagen könnte, wie die Produktionsfaktoren global zu kombinieren sind, um das Optimum zu erreichen.

Jochimsen

Die Maximierung des individuellen Nutzens jedes einzelnen ist nur bei einer gegebenen Produktionstechnik und Verteilung der Faktorausstattung denkbar. Damit entfällt aber nicht das Problem der Maximierung des Sozialproduktes.

Linder

Dann treffen jedoch die Rahmenbedingungen dieses Modells nicht mehr zu, weil viele Größen, mit denen wir heute zu rechnen haben, zum Beispiel die staatlichen Sozialinvestitionen, darin nicht enthalten sind. Der Rahmen wird in diesem Fall rein parametrisch behandelt, und man spricht nicht mehr vom Maximum, sondern vom Optimum innerhalb eines bestimmten Rahmens.

Hickel

Das Optimum der Parameter muß bestimmt werden. Nach Jan Tinbergen ist das Sozialprodukt selbst als quantifizierbares Güterbündel lediglich ein Indikator unter vielen anderen für die soziale Wohlfahrt einer Gesellschaft. Heutzutage setzen wir die Steigerung des Sozialproduktes, nämlich die Zunahme des quantifizierbaren Güterbündels, viel zu leichtfertig mit Steigerung sozialer Wohlfahrt gleich.

Jochimsen

Sie sprechen nur von parametrischer Variation des Ordnungsrahmens, Herr Hickel, ohne deren Richtung und Ziel anzugeben.

Linder

Daher kommen dann die Schwierigkeiten. Auch die übrigen Zielsetzungen müssen genau definiert, in politische Entscheidungen umformuliert und in das Modell eingebaut werden.

Herr von der Groeben sprach von der Notwendigkeit einer gerechteren Einkommenspolitik. Man kann sich darüber streiten, was in diesem Falle gerecht ist. Es wären Modelle denkbar, bei denen eine gerechtere Einkommensverteilung nicht beim optimalen Volkseinkommen, sondern nur auf einem tieferen Niveau erreicht würde. Wer soll über die Präferenzen bei dieser Zielsetzung entscheiden?

Hickel

Das muß demokratisch entschieden werden.

Linder

Entsprechend den Vorstellungen von Prof. Krelle sollten alternative Pläne ausgearbeitet werden, die dann dem Parlament vorzulegen wären. Dieses müßte entscheiden, welcher Plan verbindlich sein soll. Dadurch würde die Wirtschaftspolitik festgelegt und würden Präferenzen gesetzt, die auch die

unternehmerische Entscheidungsfreiheit tangieren. Das Parlament wird alle vier Jahre gewählt. Glauben Sie, Herr Hickel, daß damit eine demokratische wirtschaftspolitische Willensbildung gegeben ist?

Ehrenberg

Ein wesentlicher Faktor bei der Maximierung des Sozialproduktes ist die Vollbeschäftigung, die in einer Industriegesellschaft ohne ein entsprechendes Wirtschaftswachstum nicht denkbar ist. Sonst müßte man den technischen Fortschritt verbieten. Deshalb sollte man nicht leichtfertig vom Wachstumsfetischismus sprechen, sondern dem Wachstum den Rang einräumen, den es in einer Industriegesellschaft beansprucht.

Salin

Dann wäre aber die Stabilität des Geldwertes unmöglich.

Ehrenberg

Das ist eine unbewiesene Hypothese.

Salin

Ich kann meine Hypothese historisch belegen.

Linder

Die Empirie bestätigt sie zumindest.

Ehrenberg

Die Empirie bestätigt gar nichts, weil bisher noch niemals eine gleichzeitig auf Wachstum und Stabilität gerichtete Politik betrieben wurde. In der Bundesrepublik besteht erst seit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vom Juli 1967 die Möglichkeit dazu.

Starke

Das ist nicht richtig; Möglichkeiten gab es auch vorher: Es fehlte der politische Wille.

Ehrenberg

Meine Behauptung läßt sich eindeutig nachweisen.

Jochimsen

Wir haben bisher vor allem über die Maximierung des Sozialproduktes gesprochen. Die anderen Zielsetzungen, nämlich die Unternehmer- und die Konsumentenfreiheit sowie die Einkommensverteilung, sind statisch und zeitlos gedacht. Auf der Grundlage vorgegebener Daten wird eine optimale Ressourcenallokation vorgenommen. Das, was heute als Politik betrieben wird, ist im Grunde genommen eine Weiterentwicklung in ganz kleinen Schritten. Es fehlt, was Ernst Bloch einmal die "konkrete Utopie" genannt hat. Das habe ich auch in Ihrem Referat vermißt, Herr von der Groeben. Sie zeigen nicht an, was mit den einzelnen Zielsetzungen inhaltlich gemeint ist. Wir kommen aber ohne einen Inhalt nicht aus, weil sonst die Politik in ein Pragma abgeleitet. Konventionelle Ideologien sind abgestorben, weil sie sich weitgehend auf überholte Situationen bezogen; neue sind im Entstehen, die zielvolles Handeln verhindern.

Lassen Sie mich einige Merkmale einer solchen konkreten Utopie formulieren. Wir müßten von der Frage nach dem Standort ausgehen, der den einzelnen in der zukünftigen Gesellschaft erwartet. Von daher werden seine Interessen und die Zielrichtung seines Handelns bestimmt. Eine solche Standortbestimmung muß einerseits aus der Kühlschranksphäre einer falsch verstandenen Maximierung des Sozialproduktes herausgehoben werden. Andererseits dürfen wir auch nicht davon ausgehen, daß unabänderlich eine Technostruktur entstehen wird. Technostruktur bedeutet bei Galbraith nur eine Extrapolation von Trends, die eintreten, weil in der Politik das Pragma vorherrscht. Zweifellos zeichnet sich eine solche Tendenz ab. Die Frage ist aber, ob wir sie hinnehmen müssen.

Max Weber sprach von den politischen Führern, welche die natur- und gottgegebenen Ordnungen postulieren und durchsetzen und sich dazu des Sachverständigen bedienen. Daneben besteht aber

durchaus eine Chance für die Technokratie, Zielbestimmungen von einem bestimmten ökonomischen oder politischen Standort aus vorzunehmen. Um mit Habermas zu sprechen, steht das dezisionistische Modell dem technokratischen gegenüber. Humaner Rationalität wirklich angemessen ist jedoch nur das Modell, das Habermas das "pragmatische" nennt. Zielsystem und Mittelvorrat stehen hier in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis. Die Entfaltung der Instrumente hängt davon ab, wie die Gesamtzielrichtung von der Verfügbarkeit der Instrumente in jeder konkreten Lage mitbestimmt wird. Nur die große Linie bleibt.

Mit Hilfe einer Trendanalyse müssen Elemente einer solchen Vision aufgezeigt werden, so wie zum Beispiel bei Kant die Aufklärung der Ausgang des Menschen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit ist.

Ich teile den Optimismus von Herrn Dichgans nicht, daß die Industriearbeiterschaft heute im wesentlichen integriert sei. Schon die letzte wirtschaftliche Rezession brachte einen politischen und gesellschaftlichen Umbruch im Bewußtsein mit sich, der sich auch in Wahlen niederschlug. Plötzlich ist die Rückkehr in einen faschistischen Denkstil sehr viel plausibler als ein bürokratisch-administratives Denken, das den zukünftigen Problemen doch viel angemessener wäre.

Die Standortbestimmung muß davon ausgehen, daß der einzelne heute in einer für ihn unüberschaubaren Welt lebt, in der er seine Stellung zunächst nicht erkennt. Es ist die Fragwürdigkeit der sogenannten politischen Bildung, daß sie dem Staatsbürger nur informativ formale Rechte und Pflichten mitteilt, ohne daß er sich eine materielle Chance ausrechnen kann, am politischen Geschehen irgend etwas zu ändern. Denn das Bild von den Aufstiegschancen für jedermann ist offenkundig nicht mehr real. Die Startbedingungen für ein Unternehmen sind heute nicht allein aus technologischen, sondern auch aus finanziellen und marktmäßigen Erwägungen in solchen Größenordnungen anzusetzen, daß der freie Unternehmer des 19. Jahrhunderts für uns keine Leitfigur mehr sein kann, obwohl man behauptet, daß er es noch sein soll.

Dichgans

Gibt es solche Chancen nicht zum Beispiel im Bausektor?

Starke

Es gibt ungezählte Beispiele des Aufstiegs. Natürlich kann man heute nicht mehr als Zeitungsjunge beginnen und morgen ein Krupp sein. Der Gesprächsverlauf gibt mir allerdings den Eindruck, daß es vor allem darum geht, kleine Unternehmen auszuschalten. Dann bestehen natürlich keine Aufstiegschancen mehr, die es jetzt noch in vielen Bereichen gibt.

Jochimsen

Es handelt sich nicht um eine Vernichtung der kleinen Unternehmen. Ich sprach von Kooperation und vergrößertem Betriebsumfang. Dort, wo das wirtschaftliche Wachstum seine stärkste Ausprägung zeigt, ist das Leitbild vom Zeitungsjungen, der Millionär werden kann, nicht mehr real. Es hat sich in der Wiederaufbauphase der Bundesrepublik noch einmal in eindrucksvollen Persönlichkeiten dargestellt. Das wird sich jedoch in dieser Form nicht wiederholen.

Salin

Das ist gerade in der Bundesrepublik deshalb nicht mehr möglich, weil die Schulen und Universitäten noch im Stil des 19. Jahrhunderts weitergeführt werden.

Sie stellten die politischen Führer den Technokraten gegenüber, Herr Jochimsen. Max Weber hat den Begriff des Technokraten noch nicht gekannt. Er sah die Bürokraten auf der anderen Seite. Es geht also um eine Wirtschaftsform, in der der freie Unternehmer erhalten bleibt, ohne daß die Bürokratie alles abwürgt.

Hickel

Sie blicken immer nur einseitig auf den Unternehmer.

Jochimsen

Auch ich bin für Aufstiegsmöglichkeiten, Herr Salin, für materielle und nicht nur für formale Freiheit. Es sollte für jeden nach Intelligenz, Begabung und Durchsetzungskraft Chancen geben.

Salin

Und unabhängig vom sozialen Status.

Jochimsen

Selbstverständlich! Aber ich schätze diese Möglichkeiten nicht sehr hoch ein. Das ist vor allem eine Frage der Zahl; denn wir müssen nicht nur den jungen und wachen Aufstiegswilligen eine Perspektive geben, sondern auch den anderen Menschen. Bei der Standortbestimmung des einzelnen spielt die Bildungspolitik eine wesentliche Rolle. Der einzelne sollte zunächst Orientierungsgrößen in der Wirtschaft finden, nach denen er seinen Lebenshorizont planen kann. Die Norm werden die abhängig Beschäftigten sein, deren Zahl in der Bundesrepublik nach dem Kriege von 68 auf 82 Prozent gestiegen ist.

Diese Orientierung bedeutet, daß für den einzelnen zwar kein bestimmter Arbeitsplatz garantiert werden kann; er wird aber jederzeit eine Beschäftigung und damit ein Einkommen finden, wenn er die entsprechenden Voraussetzungen dafür mitbringt. Nur unter dieser Bedingung werden Strukturwandlungen akzeptierbar.

Weiterhin brauchen wir eine relative Geldwertstabilität, so daß die Industrie langfristig planen kann und nicht ständig Inflation und Deflation zu fürchten hat. Das arbeitsteilige Wirtschaftssystem muß also durch ein funktionierendes Bankensystem unterstützt werden. Hinzu kommt das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit - auch im Hinblick auf Männer- und Frauenarbeit.

Die soziale Sicherung ist ein weiterer Punkt. Bisher wurden vor allem die Standardsituationen des Lebens gesichert, während es jetzt vordringlich um die Sicherung der Ausnahmesituationen, zum Beispiel bei chronischen Krankheiten, geht.

Schließlich erwähne ich die gesellschaftliche Integration. Es muß dem einzelnen Bürger klargemacht werden, daß er die Möglichkeit hat, das Gemeinwesen zu beeinflussen. Die Zukunftsprobleme der Demokratie liegen in den materiellen Startchancen. Dazu gehören eine adäquate Ausbildung auf der einen und die Vermögensbildung in breiten Schichten auf der anderen Seite.

Ich halte es nicht für so wichtig, ob man von freier Marktwirtschaft oder von etwas anderem spricht. Es kommt vor allem darauf an, daß die Wirtschaftspolitik mit Hilfe des technischen und organisatorischen Fortschritts machbar wird, und zwar nicht im technokratischen Sinne, sondern im Wechselspiel zwischen politischer Vision einerseits und ihrer Durchsetzbarkeit andererseits. Der Fortschritt der Gesellschaft stellt so vor allem auch das Selektionsproblem für das neu zu Erreichende und zu Gestaltende. Entscheidend ist, welchen Problemen wir uns zuwenden. Für eine solche Entscheidung benötigen wir bestimmte Wertvorstellungen.

Ich würde die Aufgaben der zukünftigen Wirtschaftspolitik in vier Gruppen unterteilen. Erstens geht es um den Ordnungsrahmen, in dem sich die Wirtschaftstätigkeit abspielt. Hierbei sollte man großen Wert auf die Rationalität der Wirtschaftsrechnungen legen, und zwar vor allem hinsichtlich der externen Effekte, der sozialen Zusatzkosten und der damit zusammenhängenden Fragen.

Zweitens: Bei der Niveaupolitik des Sozialproduktes läßt die Globalsteuerung offen, woraufhin stabilisiert wird. Hier stellt sich die Frage nach dem selektiven Wachstum. Wir müssen viel bewußter als bisher jeweils prüfen, auf welche Nachfrage und auf welche Güter hin das selektive Wachstum ausgerichtet werden soll. Zur Zeit fallen diese Entscheidungen gewissermaßen noch implicite, denn die Konsumenten können nicht die Güter wählen, die morgen produziert werden. Vielmehr wird die Nachfrage von den Industrien kreiert. Nun können die Konsumenten zwar anders reagieren, als es der Produzent voraussah, wie das Ford-Experiment im Jahre 1958 mit dem "Edsel" zeigte. Aber das sind gewissermaßen nur Fehlleistungen in einem Lernprozeß.

Als Drittes nenne ich die Strukturpolitik, die der Notwendigkeit entsprechen muß, selektives Wachstum durchzusetzen. Man kann sie nicht sektoral und regional unterteilen, sondern muß sie integral planen. Das erfordert Umdenken, vor allem in unserem bisherigen Ressortprinzip. Dazu müssen dezentrale Entscheidungsträger auf allen Ebenen herangezogen werden. Das bedeutet die Auflösung des horizontal ressortmäßig gegliederten Staates in eine Vielzahl von vertikal integrierten Institutionen, die regional Strukturpolitik durchführen.

Viertens: Die Distributionspolitik hat bei Herrn von der Groeben eher den Charakter einer Redistributionspolitik. Erst durch Kombination mit einer entsprechenden Bildungs- und Vermögensbildungspolitik besteht die Chance einer echten Verteilungspolitik, die die quantitative und qualitative Ausstattung mit Produktionsfaktoren und Leistungsvermögen gerechter gestaltet.

Bei allen diesen Aufgaben hat die Wissenschaft noch sehr viel zu leisten. Insbesondere sollte man über die geeigneten Methoden der politischen Beschlußfassung nachdenken. Bisher haben wir uns nach einem Leitbild gerichtet, das dem Nationalstaat entsprach. Man kann es als synoptische, zentrale Koordination bezeichnen. In der konzertierten Aktion wurde erstmals eine pragmatische Koordination divergierender Interessen zu erreichen versucht. Die Aufgabe des Staates scheint mir dabei in der Durchsetzung bestimmter Minimumbedingungen als Voraussetzung für die Realisierung der Zukunftsvisionen zu liegen. Die Theorie der Wirtschaftspolitik ging bisher weitgehend von der zentralen Koordination aus, die dem dezisionistischen Modell entspricht.

Wir müssen also Modelle entwickeln, in denen die dezentralen Entscheidungsträger ihren Platz finden, die pragmatisch auf die konkrete Utopie einer Gesellschaft von Freien und Gleichen zusteuern.

von der Groeben

Ich stehe Ihrer Auffassung, daß die Zielvorstellungen mit Inhalt gefüllt werden müssen, sehr nahe. Im Rahmen einer Einführung in dieses Gespräch mußte ich mich heute darauf beschränken, Thesen aufzustellen. Um so dankbarer bin ich, daß Sie den Versuch einer Begründung unternommen haben.

Hickel

Die Marktwirtschaft und die ihr inhärenten Mechanismen sollten jetzt in ihrem Anspruch als individualistisch-liberalistische Konfliktüberwindung, die an den Konflikten der sozio-ökonomischen Gruppen vorbeihantiert, verdeutlicht werden. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen, das heißt die den Markt umgebenden gestaltbaren Daten, der demokratischen Entscheidung unterzogen und die Antagonismen zwischen den der Marktwirtschaft zugeschriebenen Funktionszielen und den demokratisch gewonnenen Gesellschaftszielen offengelegt, zur Diskussion gestellt und aufeinander abgestimmt werden. Dazu bedarf es eines basisbezogenen und funktionsfähigen Parlamentarismus.

Nach Habermas wird die Marktwirtschaft als "subjektiv anarchisch und objektiv harmonisch" verstanden. Ich würde dagegen formulieren: die Marktwirtschaft ist subjektiv anarchisch und sollte objektiv demokratisch werden - ein Widerspruch, den es zu überwinden gilt.

Ehrenberg

Wir haben unter Marktwirtschaft eine großräumige Wirtschaft mit sehr großen Unternehmen zu verstehen, denen der Staat einen global gesteuerten Wirtschaftsrahmen vorgibt. Damit wird sichergestellt, daß die Maximierung des Sozialproduktes unter Erhaltung der Vollbeschäftigung bei Geldwertstabilität erreicht wird. Das können die einzelnen Unternehmen nicht selbst vornehmen. Im übrigen soll man dem Markte überlassen, was des Marktes ist, nicht aber mehr von ihm verlangen, als er zu geben vermag.

Dichgans

Besonders wichtig erscheint mir in unserer Gesellschaft die Erhaltung der Impulse. In unserer augenblicklichen wirtschaftlichen Situation sind Kapazitäten und Kapital reichlich vorhanden. Das erkennt man an der nicht unbeträchtlichen Zahl der Fehlinvestitionen. Dagegen mangelt es an Intelligenz und Führungsqualität. Unsere Aufgabe besteht darin, die Spitzenpositionen möglichst wirkungsvoll zu besetzen. Dafür gibt es vier Methoden.

Erstens: die intelligenten Leute arbeiten sich selbst nach oben. Wir sollten alles tun, um diese Aufstiegsmöglichkeiten - meinetwegen vom Zeitungsjungen zum Generaldirektor - zu fördern, zum Beispiel dadurch, daß wir begabte Zeitungsjungen auf das Gymnasium schicken, wie es die Amerikaner tun. Neunzig Prozent der Bevölkerung von Kalifornien erreichen ein High-School-Diplom nach zwölfjähriger Schulzeit. Diese Grundlage gibt bessere Aufstiegschancen.

Die zweite Methode ist das System der Kooptation. In vielen Großunternehmen wählt traditionell der Vorstand selbst neue Mitglieder hinzu. Die Ergebnisse sind nicht immer überzeugend.

von der Groeben

Das gilt auch für die Aufsichtsräte.

Dichgans

Der dritte Weg ist die Bestimmung durch Politiker. Auch hier überzeugen die Ergebnisse nicht. Ich kenne nicht wenige Fälle, in denen die Auswahl durch politische Gremien nicht gerade nach dem

Gesichtspunkt der höchsten Effizienz erfolgte. Die Politiker haben zwar den besten Willen, sind jedoch zu sehr daran gewöhnt, taktisch zu denken.

Die vierte Methode besteht darin, die Auswahl der Führungskräfte den Banken zu überlassen. Dieses System funktioniert zwar, wie die geschäftlichen Erfolge vieler großer Unternehmen zeigen, im ganzen gar nicht schlecht; aber ich halte es dennoch nicht für unbedenklich. Unsere Banken sind nämlich selbst am Geschäftsverkehr mit den Unternehmen interessiert, in deren Aufsichtsräten ihre Direktoren sitzen, die dann auch den Vorstand wählen. Eine Bank will deshalb solche Vorstände nach Möglichkeit so besetzen, daß sie mit einer wohlwollenden Haltung gegenüber ihren finanziellen Interessen rechnen kann. Diese Vorstände müssen später bei der Zusammensetzung ihres Aufsichtsrates nicht nur die Interessen ihres Unternehmens, sondern auch die der im Aufsichtsrat vertretenen Geschäftsbanken in Betracht ziehen.

Um diesen Interessenkonflikten zu begegnen, wäre an das amerikanische Vorbild zu denken. Dort ist der Einfluß der Geschäftsbanken in den Aufsichtsräten der Großunternehmen weit geringer als bei uns, weil das Depot-Stimmrecht eine viel größere Rolle spielt. Drüben befindet sich jedoch ein großer Teil der Aktien bei den Investment-Trusts, die keine Kredite geben, sondern nur Aktien verwalten. Deshalb liegt ihnen den Unternehmen gegenüber ausschließlich daran, das Management der Unternehmen unter dem Gesichtspunkt einer möglichst effizienten Betriebsführung und möglichst hoher Dividenden zu besetzen.

Salin

Die soziologischen Konsequenzen, die Herr Dichgans zog, halte ich für richtig sowohl im Hinblick auf die Sozialstruktur als auch auf die Tatsache, daß wir alle Bevölkerungsschichten heranbilden und ihnen Aufstiegschancen geben müssen. Die Bundesrepublik liegt in dieser Hinsicht nicht nur hinter Amerika, sondern auch hinter England weit zurück.

Mestmäcker

Es ist für jemanden, der sich mit Körperschaftsrecht beschäftigt, nicht ohne Reiz, folgende Feststellung zu treffen: Zunächst haben die Juristen das Staatsmodell auf die Aktiengesellschaften übertragen. Heute sind wir darum bemüht, die falschen Assoziationen wieder abzubauen, die sich aus der Parallele Staat - Aktiengesellschaft ergeben haben. Nun wird das Modell von anderer Seite her wieder sichtbar, indem man meint, der Staat könne sich als Aktiengesellschaft empfinden. Das ist ein Hinweis auf die Prägekraft, die von dieser Unternehmensform ausgegangen ist. Alle Attribute des Institutionellen, die man mit dem Staat zu verbinden gewohnt ist und die auch Max Weber für den Staat entwickelt hat, werden nun auf das Großunternehmen übertragen.

Galbraith hat zum Beispiel auf die Identifikation der Angehörigen eines Unternehmens mit dessen Charisma hingewiesen. Erwähnt sei die Frage der Kooptation innerhalb der Unternehmensführung. Es gilt geradezu als letzte Entwicklungsstufe des Unternehmens, wenn es dazu übergehen kann, seine Leitungsorgane aus den Reihen seiner eigenen Mitarbeiter zu ergänzen.

Das Unternehmen als dezentral planendes Subjekt in der Marktwirtschaft hat ein erstaunlich geringes theoretisches Interesse hervorgerufen. Es ist gegenüber der Systembetrachtung weithin zurückgetreten. Dafür taucht es jetzt in der Theorie als ein autonomes Gebilde auf.

Im Hinblick auf die Bedeutung, die das Unternehmen für eine große Zahl von Menschen hat, müssen wir uns fragen, inwieweit es ein möglicher Kristallisationspunkt für Identifikationen in unserer Gesellschaftsordnung sein könnte. So ist zum Beispiel die Forderung nach wirtschaftlicher Mitbestimmung nichts anderes als die auf die Spitze getriebene These, daß der zentrale Steuerungs- und Identifikationspunkt der Gesellschaft wirtschaftlich, sozial und verfassungspolitisch das Unternehmen selbst sei.

Die Unternehmen stehen jedoch nicht isoliert in der Gesellschaft. Sie werden vielmehr über den Markt zueinander in Beziehung gesetzt und koordiniert. Die Frage nach dem Koordinationssystem ist jedoch mit wirtschaftlichen Überlegungen allein nicht zu beantworten.

Einmal sind Großunternehmen, jedenfalls Gruppen von Großunternehmen, auch politische Einheiten geworden. An ihnen muß sich die Demokratie und die Verfassungspolitik unseres Gemeinwesens bewähren. Auch in unsere Diskussion über ein mögliches Wirtschaftssystem für Europa müssen wir die Überlegung aufnehmen, welche rechtsstaatliche Problematik die Koordination unternehmerischen Verhaltens enthält. Denn die erforderlichen Kompetenzen, die sekundären institutionellen Vorkehrungen und auch Souveränitätsübertragungen sind radikal verschieden, wenn man eine mehr marktwirtschaftliche oder eine mehr planerische Konzeption verwirklicht. Ich vermute, daß wir in

Europa unter Berücksichtigung der gegenwärtigen politischen Situation die größte Chance haben, ein System zu verwirklichen, in dem das rechtsstaatliche Problem mit einem Mindestmaß an hoheitlicher Autorität gelöst wird. Diese Voraussetzung erfüllen nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand vor allem der Markt und der Wettbewerb.

Die These, daß sich die Motivation des Unternehmens in einem bestimmten Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung verändere, ist anfechtbar. In den nahezu 30 Bänden Untersuchungen über die amerikanische pharmazeutische Industrie können Sie nachlesen, welche Möglichkeiten der Gewinnmaximierung von Managern nicht ausgenutzt werden. Bei der Frage, inwieweit die Großunternehmen Träger des technischen Fortschrittes sind, muß zwischen Anwendungs- und Pioniererfindungen differenziert werden. Die amerikanischen Untersuchungen über Pioniererfindungen weisen darauf hin, daß der Anteil von kleinen und mittleren Unternehmen, die oft von Wissenschaftlern gegründet und geleitet werden, an diesen Erfindungen erheblich größer ist als derjenige der Großunternehmen. Wenn dann aber die Marktreife der Produkte erreicht ist und ein großer Markt erschlossen werden muß, kommt es zum Aufkauf dieser "Entwicklungsunternehmen".

Verschiedentlich wurde das Problem der Aufstiegschancen für mittlere Unternehmen erwähnt. Dabei erscheint es mir bedeutsam, daß diese Frage in der Theorie und in der praktischen Politik kaum beachtet wird. Man ist verblüfft, wie wenig die mittelständischen Unternehmen das Problem des Hineinwachsens in die nächste Größenordnung erkennen. Wahrscheinlich ist aber der Übergang vom personenfinanzierten zu einem mit risikotragendem Kapital finanzierten Unternehmen die wichtigste Alternative zur Konzentration. Hier liegen wirtschaftspolitische Gestaltungsmöglichkeiten, von denen wir bisher auch im Steuerrecht und im Gesellschaftsrecht - so gut wie keinen Gebrauch gemacht haben.

Wenn Sie von der "konkreten Utopie" sprechen, Herr Jochimsen, so ist eine Gesellschaft, die sich weitgehend auf individuelle Freiheiten verläßt, die größte Utopie. Die Freiheiten der Unternehmer und Verbraucher, die in der Wirtschaftstheorie für die Analyse unterstellt werden, erscheinen nur deshalb statisch, weil sie im Modellfall statisch berechnet werden. In der Wirklichkeit ist diejenige Freiheit, die tatsächlich noch eine Gestaltungsmöglichkeit hat, nach vorn immer offen. Da liegt die Schwierigkeit der konkreten Utopie. Wir müssen - und das ist unser Problem - einen Rahmen bilden, in dem die Ungewißheit der Freiheit erhalten bleibt, ohne in Irrationalität abzusinken. Wir dürfen keinesfalls der Gefahr unterliegen, diejenigen Freiheiten, die unser System konstituieren, entweder als eindimensional zu diskriminieren oder aufgrund einer theoretischen Ableitung als statisch abzuwerten.

Ehrenberg

Ich halte die Aufstiegsmöglichkeiten als Unternehmer tatsächlich für sehr gering. In den Farbwerken Hoechst wurde zum Beispiel im Jahre 1965 das Doppelte für Forschung und Entwicklung ausgegeben, als man im gleichen Jahr an die Aktionäre an Dividenden ausschüttete. In der Abteilung Forschung und Entwicklung waren zu der Zeit 13 Prozent der Belegschaft beschäftigt - mit dem Erfolg, daß rund 40.000 Artikel produziert wurden, die es zehn Jahre vorher noch gar nicht gab.

Bei solchen Größenordnungen frage ich mich, wie jemand, der etwas Startkapital besitzt und selbständiger Unternehmer werden will, überhaupt noch aufsteigen kann. Dabei werden die Dimensionen in der Zukunft noch großräumiger sein. Sicherlich wird es noch Erfindungsunternehmer geben, die aber einen Kapitaleinsatz benötigen, der die Möglichkeiten des einzelnen bei weitem übersteigt.

Salin

Das stimmt nicht!

Ehrenberg

Es wird immer Ausnahmen geben, aber für die 22 Millionen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik und sogar für die überwiegende Zahl der Unternehmersöhne dürften die Aufstiegschancen gering sein. Einem guten Bauarbeiter, der ein Baugeschäft aufmachen will, kann man nur dann guten Gewissens dazu raten, wenn er gleichzeitig einen neuen Baustoff erfunden hat, für den auch schon ein Kapitalgeber bereitsteht. Sonst sollte er lieber Ingenieur oder Baufacharbeiter bei der Firma Holzmann werden, denn dort sind seine Aufstiegschancen größer.

Salin

Das gehört zu den Lücken unseres Bildungswesens, das an vielen Rückständigkeiten schuld ist. Der Mittelstand hat heute noch eine bäuerliche Psychologie und kommt deshalb nicht voran. Man arbeitet zu wenig mit den Universitäten und Technischen Hochschulen zusammen. In den USA macht beispielsweise das M. I. T. bestimmte Erfindungen und läßt sie dann von einem kleinen Unternehmer ausprobieren. Das beste Beispiel bietet Polaroid, das aus einer kleinen Werkstatt zu einem der größten Unternehmen geworden ist und dessen Generaldirektor zu den größten Einkommensbezieher gehört.

Ehrenberg

Das sind Einzelfälle. Man kann sie nicht als Aufstiegschancen für jedermann ansehen und darf solche Illusionen auch nicht wecken.

Salin

Es ist aber von großer psychologischer Wirkung, wenn die Menschen das Bewußtsein haben, sie könnten aufsteigen. Bei uns dagegen lehrt man die Volksschüler, sie sollten lieber in ihrer Heimat bleiben und sich ihr nicht entfremden.

Ehrenberg

Gewiß! Für die Mehrzahl der Menschen in dieser Gesellschaft ist es aber vernünftiger, wenn man ihnen zeigt, wie sie als Volksschüler zum Beispiel den Weg über den Fachschulingenieur zum Bauleiter gehen können, anstatt selbst ein Baugeschäft aufzumachen, das nicht leben und nicht sterben kann.

Salin

Das ist richtig.

Körper

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den kleinen, aber äußerst wichtigen Entscheidungsspielraum lenken, der unserem Wirtschaftssystem für die privaten Unternehmensleitungen noch verblieben ist. Um die Initiativmöglichkeiten innerhalb dieses Entscheidungsspielraumes sichtbar zu machen, möchte ich ein Beispiel aus meinem Unternehmen anführen. Ich habe nahezu 200 eigene Erfindungen zu Patenten angemeldet und werde häufig gefragt, welche die ökonomisch erfolgreichste gewesen sei. Als Antwort kann ich nur darauf hinweisen, daß meine erfolgreichste Erfindung weder technischer Natur noch neu ist und sich demzufolge auch nicht patentieren läßt. Worin sie besteht, möchte ich Ihnen erklären:

Mit der Gründung der Hauni-Werke bin ich vor 20 Jahren ohne Kapital in einen von meiner amerikanischen und englischen Konkurrenz total beherrschten Markt eingestiegen. Inzwischen habe ich in meiner Branche die größten Marktanteile auf dem Weltmarkt erobern können. Dieser Erfolg ist nun keinesfalls darauf zurückzuführen, daß etwa durch meine Werktoe nur die fachlich Hochbegabten Einzug halten, während bei meiner Konkurrenz nur Mitarbeiter mit geringerem Fachwissen tätig sind. Ich kenne die Führungskräfte meiner Konkurrenz, die Finanzleute, Marktbeobachter, Physiker und Verkäufer. Sie verfügen über Fachkenntnisse, die durchaus dem Niveau meiner leitenden Mitarbeiter entsprechen. Ich weiß, daß meine Konkurrenz die auftretenden Marktlücken genauso schnell erkennt wie wir. Dennoch haben wir diese Marktlücken mit unseren Erzeugnissen durchweg schneller schließen können. Die Hauni-Werke waren bei der Marktabdeckung der Konkurrenz also immer um eine Nasenlänge voraus.

Ich habe dieses Phänomen ernsthaft untersucht und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß der Grund für unsere Erfolge darin liegen muß, daß ich seit Gründung meines Unternehmens nur Mitarbeiter mit verantwortungsvollen Aufgaben betraut habe, bei denen die menschlichen Verhaltensweisen, das Loyalitätsbewußtsein, die natürliche Autorität stärker ausgeprägt waren als bei einem Nur-Fachmann. Ich bin bei der Auswahl von Vorgesetzten immer davon ausgegangen, daß man eine fachliche Lücke durch Eigenstudium und Expertenhilfe leicht schließen kann, daß aber ein Mangel in den menschlichen Verhaltensweisen kaum zu beheben ist. Gerade dieser Mangel jedoch führt zu erheblichen Reibungsverlusten in der Teamarbeit. Betriebssoziologische Untersuchungen in vielen Industriebetrieben haben ergeben, daß 30 bis 35 Prozent an Produktionskraft verloren gehen, wenn mit menschlichen, allzu menschlichen Reibungsverlusten infolge von Intrigen, Neid, Machtstreben, Karrierevorteilen und so weiter gearbeitet wird. Das hat mich veranlaßt, für mein Unternehmen auf der Suche nach einem in den menschlichen Belangen

hochqualifizierten Führungsteam einen sehr kritischen Ausleseprozeß zugrunde zu legen. Dabei konnte ich feststellen, daß das Angebot an Fachspezialisten, die sich auch in menschlicher Hinsicht auszeichnen, groß genug ist.

Nach meiner festen Überzeugung ist der Hauptaktivposten für den Erfolg meines Unternehmens darin zu suchen, daß die Hauni-Werke gegenüber ihrer Konkurrenz und sicher auch im Vergleich zu vielen anderen Industriebetrieben weitaus weniger Reibungsverluste zu Lasten ihrer Produktionskraft zu verzeichnen haben. Die durch menschliche Fairness der Vorgesetzten in breiten Schichten der Mitarbeiterschaft erzielte gemeinschaftsbezogene Haltung gegenüber den Aufgaben des Unternehmens bildet somit einen beachtlichen ökonomischen Faktor. Mit diesem Vorteil konnten wir uns den Bedürfnissen des Marktes schneller anpassen. Dabei erhalten die Führungskräfte in meinem Unternehmen nicht einmal so hohe Bezüge, wie sie für die gleichen Positionen bei meiner Konkurrenz gezahlt werden. Die Attraktivität für die Führungskräfte in den Hauni-Werken liegt neben dem freien Entscheidungsspielraum innerhalb des jeweiligen Verantwortungsbereiches primär in der menschlich fairen Weise, in der die für die innerbetriebliche Wettbewerbssituation unerläßlichen fachlichen Streitfragen geklärt werden.

Die menschlich qualifizierten Führungskräfte sorgen dafür, daß wohl jeder einzelne meiner mehr als 2000 Mitarbeiter das Gefühl hat, daß seine Grundbedürfnisse am Arbeitsplatz berücksichtigt werden. Darunter verstehe ich die Existenzsicherheit, Freiheit im Verantwortungsbereich, Gerechtigkeit bei der Lohnfindung und Beförderung, Anerkennung als Antriebsmotor zur Leistungssteigerung und schnelle Information. Der Mitarbeiter will wissen, wo er steht, mit welchen Veränderungen er zu rechnen hat, was ihn erwartet und worauf er sich einzustellen hat.

Darf ich Ihnen zur Verdeutlichung dieser in den Hauni-Werken praktizierten gemeinschaftsbezogenen Haltung ein Beispiel geben: Das Deutsche Rote Kreuz geht im Rahmen seiner Blutspendeaktion jährlich einmal in die Betriebe. Im Durchschnitt spenden 3 bis 5 Prozent der Arbeitnehmer; bei uns dagegen sind es stets 25 bis 30 Prozent, weil auch hierbei die Vorgesetzten mit gutem Beispiel vorangehen.

Das kritische Bewußtsein der Arbeitnehmer wächst; es stellt für die erfolgreichen Unternehmensleitungen einen zusätzlichen Produktionsfaktor dar, der berücksichtigt werden muß, indem man die vorgenannten Grundbedürfnisse befriedigt. Ich bin der Meinung, daß Unternehmen, die diese Aufgabe nicht zu realisieren verstehen, auf der Strecke bleiben, und sehe hierin für unser Wirtschaftssystem ein Ausselektorium, das zum Beispiel in der Sowjetunion nicht vorhanden ist. Auf meiner Studienreise durch die Sowjetunion konnte ich keinen ähnlichen Initiativspielraum, wie er in unseren Unternehmensführungen gegeben ist, feststellen. Das dortige Prämiensystem um nicht zu sagen: die Prämienpeitsche - für die Planerfüllung vernachlässigt wesentliche Grundbedürfnisse des arbeitenden Menschen, wie zum Beispiel im Verantwortungsbereich. Hierin liegt für mich auch die Ursache dafür, daß in der sowjetischen Konsumgüterindustrie keine elastische Produktionsanpassung an die Bedürfnisse der Konsumenten besteht.

Der Initiativspielraum unserer Unternehmensführungen darf natürlich nicht nur für den ökonomischen Erfolg ausgenutzt werden, er muß auch ein Sozialbewußtsein gegenüber den Mitarbeitern beinhalten. Dieses Bewußtsein sollte den Unternehmer verpflichten, von überspitzten außertariflichen Sozialleistungen an seine Mitarbeiter Abstand zu nehmen. Ich betrachte es als eine soziale Ungerechtigkeit, wenn ein Unternehmen Gewinne, die es über den Investitionsbedarf hinaus frei machen kann, an seine eigenen Mitarbeiter ausschüttet. Von den 22 Millionen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik sind bereits 14 Millionen im tertiären Sektor tätig, wo in vielen Bereichen überhaupt keine Gewinne zu erzielen sind. Gewinne werden nicht zuletzt durch eine gesamtgesellschaftliche Situation verursacht, an der alle - also nicht nur die in der gewinnbringenden Industrie Beschäftigten - beteiligt sind. Die Menschen in den nicht auf Gewinnbasis arbeitenden Betrieben dürfen daher nicht benachteiligt werden.

Aus dieser Erkenntnis heraus habe ich bereits vor Jahren eine Stiftung für Forschungs- und Ausbildungszwecke ins Leben gerufen und mehrere Millionen DM als Grundstock für die Errichtung einer neuen Schule zur Verfügung gestellt. Viele meiner Mitarbeiter meinten darauf, "der Alte verschenkt unser Geld, mit dem jeder von uns einen Volkswagen hätte kaufen können". In Betriebsversammlungen habe ich versucht, mein soziales Anliegen zu verdeutlichen, und der Kreis derjenigen, die meine Initiative begreifen und stolz auf den für die Gesamtgesellschaft geleisteten Beitrag sind, wird immer größer. Ich glaube, daß dieses Bewußtsein ganz allgemein und besonders auch in der Unternehmerschicht wächst, und sehe hierin eine Chance für unser System, seine Überlegenheit gegenüber allen anderen Wirtschaftsmodellen auch in Zukunft zu sichern. Der Vorteil

unseres Systems besteht für mich darin, daß es allen Menschen die Chance bietet, am materiellen, sozialen und geistigen Fortschritt teilzunehmen.

Baumann

Die freie unternehmerische Wirtschaft ist die Antwort auf die Herausforderung des technischen Fortschritts. Sie hat sich die Produktivkräfte ebenso angeeignet wie sie die zunehmend wissenschaftlichen Erkenntnisse in ihre Dienste gestellt hat. Sie kombiniert dieselben in der Organisationsform des privaten Unternehmens.

Eine rationale Produktion ist durch die Entscheidungsautonomie, die volle Risikoübernahme und die entsprechenden Gewinnchancen gekennzeichnet. Das private Eigentum auch an den Produktionsmitteln als Hort der dezentralen Entscheidung entspricht in seiner dynamisierten Form den Anforderungen der modernen Industriegesellschaft. Es ist unbedingt notwendig, dieses Eigentum als Kapital, als Aktivvermögen, ständig zu erneuern. Deshalb, und um es auch nur erhalten zu können, ist eine extensive Auslegung des Begriffs "Eigentum" nötig: Er muß das volle Recht auf seine Früchte, das heißt ein freies Disponieren über den Gewinn, einschließen.

Wo können nun sogenannte übergeordnete Gesichtspunkte mit den aus dem privaten Eigentum resultierenden natürlichen Interessen in Konflikt geraten? Dabei möchte ich an ein Wort von Marx erinnern: "Wenn eine Idee auf ein Interesse stößt, blamiert sich gewöhnlich die Idee". Natürlich können wir versuchen, im Interesse allgemeiner politischer Optionen alle Ziele zu erreichen: die Maximierung des Sozialprodukts, Entfaltung von Sektoren und Regionen, gerechte Einkommensverteilung, Vollbeschäftigung und - nicht zuletzt - Preisstabilität. Es wird jedoch zwangsläufig zu Situationen kommen, in denen diese Bedingungen nicht erfüllt werden, und es tritt dann die Gefahr ein, daß man sie durch Steuerungsmaßnahmen direkt oder indirekt zu erzwingen sucht. Eine rationale Wirtschaftspolitik ein Schlagwort der sogenannten Neuen Wirtschaftspolitik - impliziert in diesem Falle Situationen, in denen die Realisierung der genannten Ziele mit den natürlichen Interessen in Konflikt gerät. Unter diesen natürlichen Interessen verstehe ich nicht nur die Verfügung über den erzielten Gewinn, sondern auch die freie Wahl hinsichtlich Richtung und Umfang der Investitionen.

Ravens

Kann man die Begriffe "unternehmerisches Eigentum" und "unternehmerisches Risiko" überhaupt noch verwenden? Gelten sie noch für den Bereich der Großkonzerne, in denen im Augenblick ganz andere Antriebskräfte wirksam sind?

Mestmäcker

Leider hat die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre viel getan, um die Legitimation des marktwirtschaftlichen Systems in Mißkredit zu bringen. Sie können von niemand mehr erwarten, daß er das Privateigentum und das Unternehmerrisiko als eine Legitimation der Marktwirtschaft ernst nimmt, wenn die Subventionen ein Ausmaß erreichen, wie es in Deutschland in den letzten zehn Jahren der Fall war, und wenn Staatsbürgschaften zur Verfügung stehen, sobald sich Zahlungsschwierigkeiten abzeichnen. Die Geschichte unserer Energiepolitik lehrt, daß der politische Einfluß von bestimmten Unternehmen offenbar ausreicht, um über lange Zeit das politisch und wirtschaftlich Notwendige zu verhindern. Mit demselben politischen Einfluß hat man nach 1945 gegen den Willen der Alliierten zunächst diejenigen Konzentrationserscheinungen herbeigeführt, die damals "im nationalen Interesse" für unerlässlich galten. Heute soll es dagegen für eben diese Konzentrationsgebilde eine Lebensfrage sein, daß ihnen der Staat - wiederum im nationalen Interesse - die Risiken abnimmt.

In diesem Zusammenhang müssen auch die vielfältigen Tendenzen erwähnt werden, die Unternehmen in ihrer jeweiligen Gestalt zu perpetuieren. Die Unternehmensstiftung ist die letzte Erfindung zu diesem Zweck. Durch die Herausnahme von Unternehmen aus dem Umverteilungsprozeß, der durch den Erbgang bewirkt wird, verhindert man eine Eigentumsstreueung auf lange Sicht. Die Neubesetzung der Führungspositionen aus einem sorgfältig geschlossenen Kreis wird gesichert. Wir haben in Deutschland keine konfiskatorische Erbschaftssteuer. Darüber hinaus hat unsere Steuerpolitik die Vermögenskonzentration in der Bundesrepublik gefördert. Das war volkswirtschaftlich zunächst sicher richtig. Sie hat heute aber einen Stand erreicht, der das Privateigentum als System diskreditieren kann. Seine Legitimation wird zu einem dringenden verfassungspolitischen Problem.

Jantsch

Ich halte es für ein Mißverständnis, wenn man die freie Marktwirtschaft ausschließlich als Wechselspiel zwischen Unternehmer betrachtet. Diese Einstellung war im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts durchaus gültig, als die bedeutenden Unternehmensführer wie Renaissancepersönlichkeiten große Unternehmen steuerten. Bei der rasch zunehmenden Innovation in der Industrie dürfte dieses Modell immer weniger anwendbar sein. Das sieht man an den veränderten Wertvorstellungen in vielen Großunternehmen. So wird zum Beispiel der Wettbewerb keineswegs mehr als ein absoluter Wert verstanden, sondern graduell durch den der Verantwortlichkeit ergänzt. Diese Verantwortlichkeit ist nicht auf das Unternehmen beschränkt, sondern orientiert sich an dem größeren Rahmen der Gesellschaft.

Entscheidend ist heute die Selbstmotivierung der Mitarbeiter im Unternehmen. Sie wird dadurch erzeugt, daß die Unternehmensziele von der Unternehmensleitung eindeutig in die Terminologie gesellschaftlicher Ziele übersetzt werden. Das kann aber nur geschehen, wenn im Unternehmen selbst ein Prozeß der Demokratisierung stattfindet, der in Amerika bereits begonnen hat. Dazu erwähne ich das Beispiel eines großen Elektronikonzerns, der sich zum Ziel setzte, tausend General-Manager zu haben. Diese Leute auf verschiedenen Stufen der Hierarchie haben vollen Zugang zu allen Fakten des Unternehmens und sind mit dessen Zielen vertraut. In diesem Zusammenhang entwickelte Professor Forester vom M.I.T. den interessanten Gedanken, daß man sich in der Industrie mehr und mehr vom Budget-Zentrumskonzept entfernt und zum Profit-Zentrum gelangt. Auf diese Weise treten die technischen Kader im Unternehmen miteinander in Wettbewerb. Das wäre dann eine freie Marktwirtschaft innerhalb der Unternehmen selbst. Damit hätte der einzelne in Zukunft die Chance, vielleicht in einem ganzen Komplex von Unternehmen zu wirken, wodurch das Problem des Aufstiegs völlig andere Dimensionen erhält.

Mestmäcker

Wenn Sie meinen, Herr Jantsch, Wettbewerb sei durch Verantwortung zu ersetzen, dann ist das mit der Aufforderung identisch, Vertrauen zum Verantwortungsgefühl zu haben.

Tucholsky hat einmal gesagt: Wenn man aufgefordert wird, Vertrauen zu haben, kann man sicher sein, daß man sonst nichts mehr hat.

Jantsch

Ich sagte nicht ersetzen, sondern ergänzen.

Günther

Wenn das Prinzip der Freiheit in unserer Gesellschaft grundsätzlich gilt, muß es auch im ökonomischen und im soziologischen Bereich wirken. Im ökonomischen Bereich kenne ich kein anderes Mittel als den Wettbewerb, um das Freiheitsprinzip durchzusetzen. Die Entscheidung für die freie Marktwirtschaft bedeutet die Einführung einer freiheitlichen, auf Wettbewerb begründeten Ordnung, mit anderen Worten: die Einführung des Wettbewerbs als Bestandteil eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates.

Die Rechtsordnung muß dieses freiheitliche Prinzip im ökonomischen Bereich verwirklichen, indem sie den Wettbewerb legalisiert und institutionalisiert. Bei einem Vergleich mit dem übrigen Europa erkennen wir, daß unsere Rechtsordnung diesem Gedanken weitgehend Rechnung getragen hat. Dennoch müssen wir immer wieder fragen, wo sich unsere Gesetzgebung als unzureichend erwiesen hat, um das freiheitliche Prinzip durchzusetzen.

Zweifellos wird die Marktwirtschaft zumindest in der Anfangszeit in Europa besser funktionieren als jemals zuvor in den abgegrenzten Nationalwirtschaften. Da stimme ich Herrn Salin zu.

In einer Marktwirtschaft wollen wir die größtmögliche Effizienz des wirtschaftenden Unternehmens erreichen. Dabei ist es gleichgültig, ob man dies Gewinnmaximierung oder Streben nach größtmöglichem Profit nennt. Sie gehen einer Illusion nach, Herr Jantsch, wenn Sie dieses Unternehmensprinzip mit dem Appell an die allgemeine Verantwortung vermengen wollen.

Jantsch

In Amerika funktioniert das heute.

Günther

Auch in Amerika verfolgen die Großunternehmen glücklicherweise das Prinzip, für die Anteilseigner und das Unternehmen selbst den höchstmöglichen Profit zu erzielen. Dieses Streben steht nicht in Zusammenhang mit dem Gemeinwohl. Es wird durch den Wettbewerb begrenzt. Wenn aber Strukturen entstehen, in denen der Wettbewerb ausgeschaltet ist, muß ein anderes Kontrollinstrument eingesetzt werden: die staatliche Aufsicht. Galbraith stellt sich vor, daß big business die welfare economy bewältigt und zugleich den technischen, technologischen und sozialen Fortschritt vorantreibt. Ich halte diese Gedanken für eine Illusion, weil das big business eine solche politische Macht erlangen wird, daß niemand in der Lage ist, eine Kontrolle auszuüben.

Jantsch

Wettbewerb als Mobilisierung der schöpferischen Kräfte kann nicht nur auf Gewinnmaximierung gerichtet sein. Die Funktionen der Industrie werden zu eng gesehen, wenn man Unternehmensziele, die auch auf die Gesellschaft gerichtet sind, nur als Lippenbekenntnisse auffaßt. Sie sind vielmehr der eigentlich stimulierende Faktor.

Günther

Sie sind ein Idealist, Herr Jantsch.

Es ist ein Streit um Worte, ob wir von einem neuen wettbewerbspolitischen Leitbild als Zielvorrichtung sprechen, ob wir glauben, daß der Wettbewerb und die Marktwirtschaft nur Funktionen sind, oder ob wir das nur für einen Reflex halten. In einem freiheitlichen System geht es ökonomisch allein darum, den Wettbewerb in möglichst allen Bereichen einzurichten. Wir müssen aber genau analysieren, wo er in den hochindustriellen Strukturen nicht mehr möglich ist. Wo muß statt dessen der Staat eintreten, und wo dürfte das nie geschehen? Nur diese Alternative ist gegeben.

Altmann

Zweifellos unterliegt die Marktwirtschaft als Mechanismus einer Reihe von Belastungen, zum Beispiel durch die ständig wachsende soziale Organisation, die Entstehung von Technostrukturen und die Notwendigkeit, unsere Gesellschaft in allen Bereichen einschließlich des Bildungswesens und des sozialen Aufstiegs weiterzuentwickeln. Der Staat, die Massendemokratie, wir alle in der Bundesrepublik leben von der Marktwirtschaft und konsumieren ihre Erträge. Ich meine das wörtlich. Dadurch wird der Unternehmer zu einem ökonomischen Leistungsfunktionär der Demokratie, des Staates und der Gesellschaft gemacht. Da das aber gesellschaftspolitisch nicht ausreicht, versucht man, den Mechanismus wieder in ein Leitbild, in eine neue Idee einzuordnen, sozusagen ideologisch aufzubauen. Sicherlich hat die Marktwirtschaft noch eine Chance, wenn die Volkswirtschaften die Grenzen des Nationalstaates überschreiten. Dabei dürfen aber bestimmte Gefahren nicht übersehen werden. So hat zum Beispiel die Integration der sechs Landwirtschaften zu Marktordnungen geführt, die uns noch erhebliche Schwierigkeiten bereiten werden, zumal wenn diese auf die Sozialpolitik übergreifen.

Mestmäcker

Ist das noch Marktwirtschaft?

Altmann

Das frage ich mich auch, Herr Mestmäcker. Die sechs Länder legen ihre nahezu ruinierten Landwirtschaften bei einer recht zweifelhaften Haushaltspolitik zusammen. Was bedeutet das in einem Integrationsfeld wie der EWG, dessen öffentliche Gewalt, die Herr von der Groeben als Funktionsmechanismus bezeichnete, man nur in Umrissen mit der Souveränität des Nationalstaates vergleichen kann? Dann verbindet man das Ganze mit einer "konkreten Utopie". Aber solche Begriffe sind nur Ausflucht in einen ideologischen Nominalismus.

Salin

Es hat sich historisch immer gezeigt, daß bestimmte Entwicklungen im größeren Raum möglich oder sogar nötig sind. Zum Beispiel hätte es zu den jetzigen EWG-Beschlüssen über die Landwirtschaft innerhalb der einzelnen Staaten gar nicht kommen können.

Stolze

Ich bin besorgt, daß wir in Europa gar nicht die Chance haben werden, in den Bereich der hochentwickelten postindustriellen Gesellschaft, wie sie den Visionen von Galbraith entspricht, einzutreten, weil wir zu sehr an althergebrachten Vorstellungen hängen.

Herr Günther unterscheidet zwischen Bereichen, in denen der Wettbewerb die optimale Verwirklichung der Freiheit im ökonomischen sei, und solchen, in denen der Wettbewerb nicht mehr funktioniere, so daß der Staat eingreifen müsse. Es gibt aber noch eine große Zwischenzone.

Günther

Ich bin sicher, daß es sie gibt.

Stolze

In den Bereichen der modernen Technologie kommt es entscheidend darauf an, Unternehmen zu schaffen, die in der Lage sind, sich im Wettbewerb zu behaupten. Wir sehen den Wettbewerb viel zu sehr im nationalen oder im europäischen Rahmen. Auf dem Gebiet der Computer etwa besteht weder in der Bundesrepublik noch in Europa eine Wettbewerbssituation. Auf dem Weltmarkt könnten wir nur dann mit IBM konkurrieren, wenn zum Beispiel Siemens erheblich vergrößert würde oder sich mit der neuen englischen Computergruppe fusionierte. Der Staat sollte durch eine gezielte Wissenschaftspolitik diesen Wettbewerb initiieren.

Salin

Das kann der Staat auf diesem Gebiet nicht, auch wenn er dreihundert Millionen DM investieren würde; denn man wird so weit auseinanderliegende Stufen nicht überspringen können.

Stolze

Dann muß man eben noch mehr Geld investieren. Wir müssen europäische Unternehmen schaffen, um die Konkurrenz mit den großen amerikanischen Konzernen aufzunehmen. Morgen werden wir in Konkurrenz mit japanischen und sowjetischen Unternehmen stehen.

Wir reden seit Jahren von der Notwendigkeit, europäische Handelsgesellschaften zu gründen. Die Franzosen wollen das nationale Recht so abändern, daß eine europäische Handelsgesellschaft möglich wird. Die Brüsseler Kommission dagegen ist für eine supranationale Regelung und will ein einheitliches europäisches Gesellschaftsrecht schaffen. Warum kann man den französischen Vorschlag nicht pragmatisch akzeptieren, damit überhaupt etwas geschieht? Es muß doch nicht alles grundsätzlich bis zum Jahre 2000 geregelt werden.

Wenn wir fragen, ob wir im entstehenden Europa noch eine Chance für die freie Marktwirtschaft haben, lege ich besonderen Nachdruck auf das Wort "noch". Vermag eine modifizierte Marktwirtschaft weiterhin Impulse für das wirtschaftliche Wachstum zu geben und Antworten auf die ökonomischen und sozialen Probleme zu finden, dann besteht die Chance, daß sie im entstehenden Europa die vorherrschende Wirtschaftsform wird. Erfüllt sie diese Voraussetzungen jedoch nicht, wird sicherlich die Prognose von Herrn Ehrenberg eintreffen, daß wir in dreißig Jahren nicht mehr zu den großen Industriestaaten zählen.

Standke

Für die Weiterführung unserer Diskussion scheint mir eine Begriffsklärung nützlich zu sein. Die Ausführungen von Herrn von der Groeben konnten den von ihm gewiß nicht beabsichtigten Eindruck entstehen lassen, daß es sich bei dem oft apostrophierten entstehenden Europa allein um die sechs Länder der EWG handele. In unser gedankliches Bild von Europa gehören jedoch die übrigen zwölf europäischen Mitgliedstaaten der OECD ebenfalls hinein, wenn sie auch kein gemeinsames wirtschaftliches Konzept wie die EWG-Staaten haben. Zumindest geographisch müssen auch die Länder Osteuropas dazugerechnet werden.

Ferner halte ich es für angebracht, zunächst Überlegungen darüber anzustellen, ob die freie Marktwirtschaft überhaupt und allenthalben bedroht ist, oder - wie man aus der Fragestellung unseres Themas schließen könnte - ob es sich um eine Erscheinung handelt, die speziell das werdende Europa angeht. In diesem Sinne wäre etwa denkbar, daß beim Vergleich der Industrialisierung weit höheren Grades in den USA mit der unsrigen die freie Marktwirtschaft in Europa aus weitgehend technologischen Gründen keine Chance mehr habe.

Freie oder soziale Marktwirtschaft ist nach unserer Vorstellung ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Konzept, das vor allem auf Wettbewerb beruht. Dieser Wettbewerb wird nun in wachsendem Maße von der Technologie beeinflusst, und nicht zuletzt diese neue Komponente kann oder muß zu einer Technostruktur à la Galbraith führen.

Lassen Sie mich dieses Problem anhand der kürzlich von der OECD zum Thema "technologische Lücke" erarbeiteten Untersuchungsergebnisse illustrieren, die im März 1968 der Dritten Wissenschaftsministerkonferenz vorgetragen wurden. Aus neun detaillierten industriellen Sektoranalysen und einem umfangreichen analytischen Bericht ergibt sich, daß die Regierungen in Europa gegenüber diesem Phänomen kein klares Konzept haben.

Viele der modernen Grundtechnologien sind in den Händen weniger Firmen, die sie an den Markt bringen oder untereinander austauschen. Die Höhe des zur Entwicklung dieser Technologien erforderlichen Kapitaleinsatzes stellt eine Art Eintrittskarte nicht nur für Unternehmen, sondern auch für ganze geschlossene Volkswirtschaften dar. Der Preis ist hoch und wird noch weiter ansteigen, so daß selbst Firmen gesamteuropäischer Größenordnung, ja Volkswirtschaften mancher Länder ihn nicht bezahlen können.

Damit wird den nationalen Regierungen, aber auch - im entstehenden Europa - einer supranationalen Institution wie der EWG, eine neue Verantwortung auferlegt. Oft bietet der Staat den einzigen Absatzmarkt für diese Technologien beziehungsweise die Voraussetzungen für deren spätere marktfähige Anwendung. Der Marktanreiz für die Unternehmen muß durch Regierungsaufträge, Forschungssubventionen und anderes geschaffen werden. Nicht nur im amerikanischen Beispiel entfällt der Löwenanteil auf den Verteidigungssektor. In diesem Sektor entziehen sich die meisten Forschungsausgaben dem Wettbewerb und sind wegen der nationalen Bedeutung der Verteidigungspolitik kostenmäßig nur am Rande bewertbar. Zwar kommt es in einer späteren Phase zu einer Kosten-Nutzen-Berechnung, doch ist das Interesse der Landesverteidigung dem gegenüber vorrangig. In diesem großen Topf läßt sich daher sehr viel verstecken.

Ist eine solche Entwicklung noch mit einer Marktwirtschaft nach unseren bisherigen Vorstellungen vereinbar? Oder dominiert zwangsläufig der Staat, weil nur er über die Anwendung oder Nichtanwendung solcher Interventionen entscheidet?

Eine Beeinträchtigung der freien Marktwirtschaft erfolgt jedoch nicht nur durch die quasi monopolartige Stellung des Staates als des einzigen oder wichtigsten Nachfragers. Auf bestimmten Sektoren geraten einige Unternehmen wegen ihrer primär gewinnorientierten Zielsetzung mit dem öffentlichen Interesse in Kollision. Ich denke dabei an das Gesundheitswesen, die Luft- und Wasserverunreinigung, Geräuschbekämpfung, das Transportwesen, manche Nahrungsmitteltechnologien und an die Probleme der Urbanisierung. Diese Bereiche können nicht allein dem erwerbswirtschaftlich Ausgerichteteten überlassen werden, sondern hier muß in stärkerem Maße als bisher die Verantwortung des Staates einsetzen.

Dies alles scheint mir kein typisch amerikanisches oder - in der üblichen Phasenverschiebung - europäisches Problem zu sein, sondern es entsteht mit dem zunehmenden Grad der Industrialisierung in jeder Volkswirtschaft.

von der Groeben

Ich stimme Ihnen durchaus zu, Herr Standke. In Europa entstehen besondere Schwierigkeiten, weil es keine einheitliche Handlungsmacht gibt. Wäre diese vorhanden, dann könnte die öffentliche Hand - wie die Analyse von Galbraith gezeigt hat diese neuen Aufgaben erfüllen.

Ravens

Im zukünftigen Europa, wo durch Konzentration noch größere Einheiten entstehen werden, muß die Frage nach der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft erneut beantwortet werden.

Für die Politiker ist die staatliche Wachstumsvorsorge die Voraussetzung für die Lösung der sozialen Aufgaben. Das soziale Gefüge unserer Gesellschaft hängt mit dem Wachstum der Wirtschaft eng zusammen. Damit sind die Aufgaben des Staates umfangreicher geworden. Das gilt auch für Europa. Wenn der Staat diese Aufgaben ernst nimmt, muß er die Ergebnisse des Marktes laufend korrigieren und in den Umverteilungsprozeß eingreifen.

Lassen Sie mich noch eine kritische Bemerkung anfügen: Wenn ein "Europäer" über freie Marktwirtschaft redet, befindet er sich in einer unangenehmen Lage, weil er in der Kommission bisher nur Erfahrungen mit protektionistischer Wirtschaft gemacht hat.

von der Groeben

Da muß ich aber energisch protestieren! Wir haben die Grundlagen für eine europäische Wettbewerbsordnung gelegt.

Ravens

Wir haben bisher nur deshalb über eine Modifizierung der freien Marktwirtschaft nicht nachzudenken brauchen, weil wir viele Bereiche, in denen der freie Markt bei uns nicht mehr funktionierte, auf die europäische Kompetenz übertrugen.

von der Groeben

Es ist sicher richtig, Herr Ravens, daß es in Brüssel selbst Herrn Günther nicht gelingen würde, das Kartell der Landwirtschaftsminister aufzubrechen. Auch die freiheitlichste aller Parteien ist aus praktischen und politischen Notwendigkeiten nicht besonders freiheitlich, wenn es sich um die Agrarregelung handelt. Das ist nun einmal die realgeschichtliche Situation.

Andererseits ist es entgegen allen Voraussagen gelungen, in der Gemeinschaft die marktwirtschaftliche Konzeption durchzusetzen, die ich Ihnen heute dargelegt habe.

Troeger

Unser heutiges Thema hat einen realen politischen Aspekt. Es geht um die Frage: Wie müßte dieses Europa aussehen? Das ist im Referat von Herrn von der Groeben angeklungen: zweifellos demokratisch und sicherlich föderativ. Die von de Gaulle propagierte Idee der Vaterländer hat schon etwas für sich. Je dezentralisierter die politische Organisation in Europa sein wird, desto mehr politische und persönliche Freiheit wird sie gewähren und einen um so größeren Raum wird sie auch für die freie Marktwirtschaft lassen. Diese ist nicht ein Wert an sich, sondern ein Reflex der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse. Die freie Marktwirtschaft ist im entstehenden Europa unbedingt erstrebenswert, auch wenn sie nur eine konkrete Utopie sein sollte. Eine Konkretisierung ist außerordentlich schwierig, da sich die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse von Tag zu Tag mit dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik verändern. Damit variiert auch die Arbeitsteilung zwischen den Nationen und den ökonomischen Sektoren.

Wer der Meinung ist, die Volkswirtschaft gleiche einer Maschine, kommt zu dem Ergebnis, sie müsse nur richtig gesteuert werden, dann liefere sie beständig mit vier Prozent Wachstumsrate über Jahrzehnte hinweg. Zu dieser Auffassung gehört auch, daß keine Rezession eingetreten wäre, wenn die Bundesbank im Jahre 1966 nicht gebremst hätte. Wir hätten dann keine dreißig Milliarden DM beim Bruttosozialprodukt verloren oder - wie Herr Schiller sagte - fünfzehn Milliarden DM Steuern verschenkt. Ich meine, wir haben weder etwas verloren noch etwas verschenkt. Im übrigen war es gar keine Rezession, sondern nur eine Stagnation.

Ich dagegen halte die Volkswirtschaft für einen lebendigen Organismus, der erkrankt, wenn man ihn überanstrengt. Dann muß man ihm Zeit lassen, wieder zu gesunden. Die Tatsache, daß sich inzwischen Tausende von Betrieben konsolidiert haben, war von einem entscheidenden marktwirtschaftlichen Einfluß. Ich kann freilich nicht beweisen, daß die Volkswirtschaft ein lebendiger Organismus ist. Das ist eine Sache des Glaubens. Ich würde jedoch mit diesem Glauben auch an das Europaproblem und die Marktfreiheit in Europa herangehen.

Ehrenberg

Wir hatten im Jahre 1967 eine Arbeitslosenquote von 4,5 Prozent. Hinzu kommt der Wachstumsverlust von dreißig Milliarden DM. Das muß zumindest in Anbetracht der davon betroffenen einen Million Arbeitnehmer sehr ernst genommen werden. Auch die Unternehmer hatten rückläufige Gewinne zwischen vier und acht Prozent. Sie empfanden die Situation ebenfalls als ernst.

Ravens

Sehr richtig, Herr Ehrenberg; auch ich halte das, was wir im vergangenen Jahr erlebten, im Gegensatz zu Herrn Troeger für eine Rezession. Der Eingriff der Bundesbank war nur eine Ersatzhandlung, weil die Politik ihre Verantwortlichkeit nicht erkannte und am Denkmodell der freien Marktwirtschaft, das keine Staatseingriffe kennt, festhielt. Wir haben inzwischen gelernt, daß dort, wo die Politik zögert, sich ihrer Instrumente zu bedienen, alle anderen Faktoren mit schwerwiegenden Folgen wirksam werden. Die Bundesbank konnte die Dinge erst über einen langen Bremsweg wieder in den Griff bekommen. Im Sinne der Massenträgheit begann dann der Wachstumsprozeß erst mit langer

Verzögerung. Der Verlust von dreißig Milliarden DM am Bruttosozialprodukt hätte bei rechtzeitigem Einsatz politischer Instrumente verhindert werden können. So forderte das Sachverständigen Gutachten Stabilität ohne Rezession.

Troeger

Das gibt es nicht.

Ravens

Ich bin nicht überzeugt, daß es eine gottgewollte Ordnung ist, Stabilität nur auf dem Rücken einer Rezession zu erreichen. Vielmehr haben wir inzwischen gelernt, daß mit währungspolitischen Instrumenten allein eine ausreichende Steuerung nicht möglich ist. Heute ist der Staat in eine andere Verantwortung hineingedrängt worden.

Starke

Herr von der Groeben sagte, die Politiker gingen häufig an politische Fragen heran, ohne die Wissenschaft und die Wirtschaft zu berücksichtigen.

Dagegen darf man einwenden, daß die Wissenschaftler und auch die Wirtschaftler häufig die konkreten Schwierigkeiten der Politik in vielen Fragen nicht berücksichtigten. Wer sich mit Politik befaßt, darf jedenfalls nicht abstrahieren.

Hickel

Das sollte man aber tun.

Starke

Wer in der Politik abstrahiert, um Entscheidungen herbeizuführen, wird entweder Mißerfolge erleben, oder er muß Zwang ausüben. In der Politik werden konkrete Entscheidungen verlangt, die in gesundem Verhältnis zu den Realitäten stehen müssen.

So ist es zum Beispiel eine Realität, daß wir unserer Bevölkerung auch in Zukunft staatsbürgerliche Freiheit gewähren wollen. Diese Bevölkerung hat aus der geschichtlichen Tradition her einen nationalen Charakter. Darüber hinaus denkt sie auch europäisch; damit geht sie aber über die sechs Länder der EWG hinaus und sieht ganz Europa. Diese Fakten können Sie nicht ignorieren, wenn Sie die Zukunft bauen wollen. Es ist zwecklos, im Parlament Erkenntnisse der reinen Wissenschaft vorzutragen; die Durchsetzungsmöglichkeiten enden dort, wo die koalitionspolitischen Notwendigkeiten beginnen. Das ist wohl in jeder Koalition das gleiche.

Altmann

Das sind ja trübe Aussichten

Starke

Herr Altmann, Sie wissen doch genau, daß es sich in der Praxis so verhält. Bei uns sind die politischen Grundentscheidungen eine Sache des Volkes - auf dem Wege über Wahlen. Daher muß man in einer Sprache reden, die die Menschen verstehen. Wenn es zu harten Entscheidungen kommt, wollen die Wähler etwas Konkretes hören. Die EWG-Kommission ist in der "glücklichen Lage", daß sie ihre Pläne nicht durch ein Parlament verabschieden zu lassen braucht.

Hickel

Sie beschließen doch aber zum Beispiel über Wettbewerbsgesetze und setzen damit Rahmenbedingungen.

Starke

Ich spreche von Plänen. Zum Beispiel ist die Mittelfristige Finanzplanung nicht erst von der Großen Koalition, sondern als Beschluß des Kabinetts Adenauer schon von mir durchgesetzt worden. Sie ist eine Waffe und ein Hilfsmittel des Finanzministers, mit der er den Bundeskanzler und die Minister zu zwingen versucht, sich über ihr jeweiliges Ressort hinaus mit dem gesamten Haushalt zu befassen.

Kaiser

Ich würde sagen, das ist eine konkrete Utopie, Herr Starke.

Starke

Wenn die Mittelfristige Finanzplanung keine solche Waffe des Finanzministers ist, wäre sie überflüssig.

In Ihrer Darstellung, Herr von der Groeben, vermißte ich eine gleichgewichtige Beurteilung der Globalsteuerung und des Marktes; Sie haben beides einfach gegenübergestellt, wobei man leicht das Wort "planlos" für die Marktwirtschaft heraushören konnte.

von der Groeben

Ich habe das Wort "planlos" für die bisherige Strukturpolitik gebraucht. Ich halte den Wettbewerbsrahmen, den Ordnungsrahmen, die Globalsteuerung und eine kohärente Struktur- und Regionalpolitik mit der Marktwirtschaft für durchaus vereinbar.

Starke

Dem stimme ich zu. Rahmenbedingungen müssen durch staatliche Aktionen gesetzt und geplant werden. Es muß genug Raum für die Steuerung des Marktes durch einen freien Wettbewerb bleiben.

Die EWG-Kommission kann sich vertragsgemäß nur mit Wirtschaftsfragen, wenn auch im weitesten Sinne, befassen. Muß man aber Europa über das Medium der Wirtschaft bauen, dann wird man eben unfreiwillig oder aus Not im Bereich der Wirtschaft nach Regelungen suchen, die der Gemeinschaft Befugnisse und Wirkungsmöglichkeiten geben - ein legitimes Anliegen, zugleich aber eine Gefahr für die Marktwirtschaft. Die "Rahmen" werden dann aus den genannten Gründen unter Umständen fester und enger gezogen als notwendig. Die Gefahr war und ist dem EWG-Vertrag immanent. Hier müssen wir auf der Hut sein.

von der Groeben

Es wird mehr Freiheit geben.

Starke

Das mag sein, aber ich sehe hier gewisse Gefahren, auf die wir achten müssen.

Altmann

Aber auch neue Möglichkeiten für die Freiheit.

Starke

Natürlich! Aber wer das künftige Europa über das Medium der Wirtschaft bauen muß, könnte aus den genannten Gründen der Gefahr, die Marktwirtschaft in ihrer Funktion einzuschränken, eher unterliegen als ein anderer, der in bereits bestehenden Staaten Wirtschaftspolitik betreibt und nicht den genannten Schwierigkeiten ausgesetzt ist.

Ein weiteres Problem taucht in Europa auf. Schon bei uns ist es eine Frage, ob sich unser Föderalismus mit der modernen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik vereinbaren läßt. Man denke an die Beratungen über ein konjunkturpolitisches Instrumentarium. Das wird in Europa ein noch größeres Problem werden. Zugleich vergrößern sich dann natürlich die von mir genannten Gefahren für die Marktwirtschaft.

Ipsen

In künftigen Verträgen müßten natürlich die Kompetenzen dafür bereitgestellt werden. Das ist aber ohne weiteres denkbar.

Starke

Wir sollten dieses Thema vom Konkreten her diskutieren ...

von der Groeben

... und die damit verbundenen größeren Möglichkeiten für die Marktwirtschaft in Europa erörtern.

Starke

Es wäre in der Tat nötig, eingehender über Ziele und Werte zu sprechen, um dann zu prüfen, ob sie in Europa im Rahmen der Marktwirtschaft zu verwirklichen sind. Denn der Einsatz anderer Mittel zur Erreichung etwaiger Ziele könnte sich in Europa in anderen Bereichen ebenso störend auswirken, wie es im nationalen Bereich der Fall wäre. Wenn diese Gefahren berücksichtigt werden, hat die Marktwirtschaft auch in Europa große Chancen. Sie sollte sich im europäischen Bereich noch einmal wie in der Bundesrepublik bewähren können.

Leider kann ich - wie der Veranstalter weiß - dem heutigen Gespräch, das mich außergewöhnlich interessiert hat, nicht bis zum Ende beiwohnen. Lassen Sie mich deshalb jetzt mit aller Deutlichkeit folgendes kurz feststellen:

Auch wissenschaftlich-theoretische Perspektive sollte das, was in nahezu 20 Jahren konsequenter Politik in den Grundfragen im Rahmen der Marktwirtschaft in der Bundesrepublik an Aufbauerfolg zum Wohle breiter Schichten unseres Volkes erreicht worden ist, nicht übersehen. Warum sollten wir den Leistungswillen, den unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik geweckt hat, nicht auch im entstehenden Europa wirken lassen?

Ich komme aus der politischen Praxis. Ich frage deshalb: Gibt es in anderen Ländern mehr Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit oder mehr Menschenwürde in Freiheit, die etwa mit anderen Wirtschaftssystemen erreicht worden sind? Bei solchen Vergleichen, die ich in meiner politischen Arbeit - auch in Europa - öfter anstelle, kehre ich immer wieder bescheiden zu der bei uns praktizierten Marktwirtschaft zurück. Und das um so mehr, wenn wir jetzt erleben, wie sogar im Ostblock verzweifelte Versuche unternommen werden, um gerade die Kräfte des Marktes einem höheren Nutzeffekt der Arbeit dienstbar zu machen; Kräfte also, über die wir hierin der Theorie - sehr geringschätzig Urteile gehört haben.

Gewiß haben wir Strukturängel; gewiß sollten wir das marktwirtschaftliche System weiterentwickeln; das haben wir auch in den letzten 20 Jahren getan. Aber wir sollten sorgfältig darauf achten, daß die zentrale Kraft globaler Steuerung - etwa zu stark, zu häufig oder zu einseitig angewandt - nicht unversehens mit den dezentral wirkenden Kräften des Marktes in Konflikt gerät oder sie gar aufhebt.

Auf keinen Fall aber sollten wir das erprobte System der Marktwirtschaft durch zu hohe Zielsetzungen überfordern wie in den letzten Jahren. Und wir sollten die Marktwirtschaft nach solcher Überforderung auch nicht zugunsten utopischer Vorstellungen über Bord werfen, die im theoretischen Modell solche hohen Zielsetzungen vielleicht erreichbar erscheinen lassen, deren Realisierbarkeit aber ebenso ungewiß ist, wie möglicherweise ihre Begleiterscheinungen gefährlich sind - im Bereich der Gesellschaftspolitik sowie für die freiheitliche Entwicklung und für die Würde der menschlichen Persönlichkeit.

Vergessen wir nicht, das "deutsche Wirtschaftswunder" war in seiner besten Zeit hohes Wirtschaftswachstum bei Stabilität im Rahmen der Marktwirtschaft. Welch schönes Ziel, auch für Europa!

Damit muß ich mich leider verabschieden, meine Herren.

Konecny

Wir beabsichtigen, in der Tschechoslowakei den Marktmechanismus einzuführen. Wir wollen ein Wirtschaftssystem, in dem marktwirtschaftliche Elemente und spezielle Maßnahmen des Dirigismus, also des Planungssystems, miteinander verbunden werden. Das Grundproblem ist, daß Dirigismus und Planwirtschaft den Marktmechanismus nicht stören.

Es gibt bei uns drei getrennte Märkte, nämlich erstens den mit Kleinhandelspreisen, zweitens den mit Großhandelspreisen und schließlich den Außenhandel mit Exportpreisen. Die Preisdifferenzen zwischen diesen Märkten sind jedoch so groß, daß man nicht von einem allgemeinen Marktmechanismus sprechen kann. Damit treten große Probleme für unsere Wirtschaft auf.

Wenn wir also einen neuen Marktmechanismus einführen wollen, müssen zunächst die drei getrennten Märkte wieder vereinigt werden. Das ist deshalb schwierig, weil die Groß- und Kleinhandelspreise nicht im richtigen Verhältnis zu den Exportpreisen stehen. Diese werden besonders kalkuliert und müssen aus dem Budget finanziert werden. Das ist für das Wachstum der Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Es wird erheblicher Anstrengungen bedürfen, diese drei

Preiskategorien auf einen Nenner zu bringen. Voraussetzung dafür ist, daß wir unsere Konkurrenzfähigkeit erhöhen; sonst ist eine solche Vereinheitlichung nicht zu erreichen.

Jochimsen

Sie müssen die Preise vereinheitlichen, weil Sie die Mengenplanung bei den Einzelunternehmen aufheben.

Konecny

Solange das Preissystem nicht vereinheitlicht ist, können sich die Einzelunternehmen nicht nach dem Markt richten.

Salin

Beabsichtigt man auch eine Loslösung von der Zentralrechnung in Moskau?

Konecny

Nein, das Problem der Währung ist unabhängig davon. Unsere Währung wird vielleicht in einigen Jahren konvertierbar sein, aber das ist eine Zukunftsfrage.

Salin

Nach meiner Kenntnis wird zum Beispiel in Ungarn die Konvertierbarkeit der Währung dadurch erschwert, daß man die Zentralrechnung mit dem Rubel berücksichtigen muß.

Konecny

Formal ist die Zentralrechnung mit dem Rubel zwar multilateral. Praktisch jedoch besteht für uns eine Bilateralität, wodurch die Konvertierbarkeit unserer Währung verhindert wird.

Um das Angebot der Produzenten mit der Nachfrage der Käufer in Übereinstimmung zu bringen, müssen zunächst die Großhandels- zu den Kleinhandelspreisen in ein gesundes Verhältnis gebracht werden. Da unsere Wirtschaft noch vom Ausland getrennt ist, leiden wir unter einem starken Protektionismus, der uns viel Geld kostet.

Die industriell unterentwickelten Staaten in Osteuropa haben mit dem bisherigen System keine Schwierigkeiten. Der Protektionismus ist zum Beispiel für Polen vorteilhaft; für uns dagegen ist er schädlich. Außer Jugoslawien hat kein östlicher Staat bisher die Preise koordiniert. Wir wissen aus den jugoslawischen Erfahrungen, wie schwer das ist. Insbesondere die Abstimmung der Binnenmarktpreise mit den Exportpreisen wird ein schwerer Schlag für unsere Industrie sein.

Salin

Diese Frage wäre gelöst, wenn zum Beispiel Skoda so billig wäre, daß das Unternehmen mit dem Ausland konkurrieren könnte. Der Skoda ist aber zu teuer und kann daher in der Preis- und Währungsfrage nicht helfen. Dabei ist Skoda Ihr bester Exportartikel, Herr Konecny.

Konecny

Außer einigen wenigen Erzeugnissen ist die Masse der Produkte nicht konkurrenzfähig. Wir sind dennoch auf den Export nach dem Westen angewiesen, um unsere Zahlungsbilanz auszugleichen; denn unser Handel mit dem Osten weist große Überschüsse auf. Sonst müßten wir den Außenhandelsumfang verringern.

Troeger

Sind in den Klein- und Großhandelspreisen Steuerbeträge enthalten, so daß die Harmonisierung auf besondere Schwierigkeiten stößt?

Konecny

Wir haben in einzelnen Fällen feste Großhandelspreise, denen ein Aufschlag zugerechnet wird, um zu festen Kleinhandelspreisen zu kommen. In diesem Aufschlag ist eine Umsatzsteuer enthalten. Wenn wir aber die Binnenmarktpreise vereinheitlichen, dann müßte die Umsatzsteuer als Zusatz erscheinen und könnte nicht mehr in dem Aufschlag enthalten sein. Das ist die größte Schwierigkeit.

Ipsen

Die Ausführungen von Herrn Konecny verdeutlichen die Schwierigkeiten einer Einführung der marktwirtschaftlichen Methoden in das östliche Wirtschaftssystem. Aber auch bei uns im Westen stoßen wir auf Probleme, die sich aus der Modifizierung der marktwirtschaftlichen Prinzipien ergeben.

Wir sollten uns also noch zwei Fragen zuwenden. Einmal geht es um die Forderung nach demokratischer Legitimation. Kann diese nur in der parlamentarischen Form realisiert werden, wie es für ein Europäisches Parlament nach dem EWG-Vertrag vorgesehen ist? Oder stellen zum Beispiel die Methoden der konzertierten Aktion eine neue Spielart der demokratischen Legitimierung dar? Gibt es Methoden und Handlungsformen, die auch in integrierten Gebieten zur Anwendung kommen könnten, und zwar mit Kräften, die im europäischen Bereich außerhalb der staatlichen Wirksamkeit liegen? Dabei denke ich an gewerkschaftliche Organisationen oder Kräfte, die im Wirtschafts- und Sozialrat tätig sind.

Zum anderen sollten wir diejenigen Bereiche herausstellen, die eine marktwirtschaftliche Bewältigung nicht zulassen. Dabei handelt es sich gerade auch um solche Gebiete, die zwangsläufig infolge der verstärkten Industrialisierung entstehen und auf die unsere Gesellschaft nicht verzichten kann.

Jochimsen

Mit der freien Marktwirtschaft, wie sie im vergangenen Jahrhundert von den Anhängern des ökonomischen Liberalismus verstanden wurde, kann man keine Politik machen, sondern nur einen sogenannten "ordre naturel" als spontanes Muster komplexer Beziehungen durchsetzen. Politik als Ausschöpfung des Gestaltbaren, des Beeinflußbaren, wird damit bewußt ausgeklammert. Ergibt sich aber dieser naturwüchsige Marktmechanismus notwendig aus dem Grundgesetz, oder erkennt das Grundgesetz nicht vielmehr jede Wirtschaftsordnung an, in der die Freiheit der Berufswahl, der Wirtschaftstätigkeit und die Entfaltung der Persönlichkeit gewährleistet ist? Dann gäbe es alternative Modelle, die durchdiskutiert werden könnten, und zwar unabhängig vom Privateigentum an Produktionsmitteln. Ich denke etwa an das Modell eines dezentralen Marktsystems, das eine Globalsteuerung durch Festsetzung der Investitionsquote in der Gesamtwirtschaft kennt.

Ipsen

Das Grundgesetz läßt diese alternativen Möglichkeiten der Marktwirtschaft in der Tat zu. Was die Aufhebung des Eigentums an den Produktionsmitteln angeht, so hat das Grundgesetz klar entschieden, inwieweit und mit welchen Methoden das möglich ist. Nach Artikel 15 liegt das in der Entscheidung des Gesetzgebers.

Salin

Was vom Liberalismus im 19. Jahrhundert unter Marktwirtschaft verstanden wurde, wäre heute gar nicht mehr durchführbar. Allein die Tatsache des ungeheuren Bevölkerungszuwachses und die damit notwendige Vergrößerung des Sozialproduktes hat innerhalb des Staates und der Wirtschaft andere Ordnungen erzwungen. Wie sollen sich aber die Dinge entwickeln, wenn wir über den Rahmen eines Staates hinausgehen?

Jochimsen

Zwischen den öffentlichen und den privaten Gütern liegt ein großer Zwischenbereich. So treten zum Beispiel bei den privaten Gütern zunehmend Nachbarschaftseffekte auf. Dabei funktioniert der Allokationsmechanismus des Marktes nicht mehr in zureichendem Maße. Das ist ein weltweites, von der Technostruktur unabhängiges Problem. Es tritt besonders in der Frage der Technologie, der Forschung und der Bildung - je nach Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums - in den Vordergrund. Dieses Problem wird in der konkreten Utopie der freien Marktwirtschaft zu wenig berücksichtigt.

Man muß also eine neue Staatstheorie entwickeln. Dabei ist von ausschlaggebender Bedeutung, daß der Staat in einer rationalen Urteilsfindung über die öffentlichen Investitionen entscheidet. Damit wird kein Marktmechanismus innerhalb der Staatstätigkeiten simuliert, sondern hier handelt es sich um die Einführung von Kriterien einer cost-benefit-Analyse. In einer solchen Analyse dürfen selbstverständlich nicht nur die monetären Aspekte erfaßt werden. Vielmehr muß hier ein neuer Stil gefunden werden, wie man gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Auswirkungen gleichzeitig mitberücksichtigen kann. Nur dann ist es möglich, die Mittel, die dem Staat zur Verfügung stehen, in verschiedenen Alternativen durchzuprüfen und konkret optimal einzusetzen.

Ein maximales Wachstum kann nur definiert werden, wenn die maximale Arbeitszeit und die Höhe der Investitionsquote bekannt sind. Die Determination dieser Investitionsquote ist aber das Hauptproblem der Wachstumspolitik. Ich befürworte also ein optimales, selektives Wachstum, bei dem die Machtmöglichkeiten des Staates rational eingesetzt werden müssen, und zwar unter Einbeziehung der Ziele und der Mittel in die Abwägungen. Hierzu müßte dann auch endlich eine Kontrolle über die staatliche Wirtschaftstätigkeit und die Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeübt werden. Dabei ist als Grundtatsache von der internationalen Verflechtung auszugehen. Eine autarke Wirtschaft ist heute weder in Europa noch anderswo national oder kontinental vorstellbar. Auch die USA werden zu einer immer größeren Außenhandelsabhängigkeit kommen. Damit wird deutlich, daß eine weltweite Koordination des staatlichen Vorgehens einerseits zu einer neuen, höheren Ebene staatlicher Tätigkeit führen, andererseits die unterste regionale Ebene erneut aktiviert werden muß.

Ehrenberg

Mit marktwirtschaftlicher Ordnung, wie wir sie im zukünftigen Europa brauchen, ist weder die atomistische Konkurrenz der Klassiker noch irgendein imperialistischer Kapitalismus gemeint. Es handelt sich um eine Ordnung, die dem Markt überläßt, was er leisten kann.

Diese Ordnung muß eine mittelfristige Wirtschaftspolitik und eine Rahmenplanung zur Voraussetzung haben, die ein den Produktionskapazitäten entsprechendes wirtschaftliches Wachstum sicherstellen. Nur wenn wir in diese reale Utopie hineinwachsen, und nur auf der soliden Grundlage eines entsprechenden wirtschaftlichen Wachstums werden wir die genannten Freiheiten bewahren oder noch erweitern können. Weiterhin müssen wir die marktwirtschaftliche Ordnung mit der Anwendung des antizyklischen Instrumentariums für vereinbar halten. Dann dürfen aber in der Hochkonjunktur die Finanzminister nicht die Steuern senken, wie es 1964/1965 geschah.

Eine dritte Voraussetzung ist, daß wir in Zukunft die öffentlichen und privaten Investitionen auf einer viel breiteren Basis als bisher finanzieren. Dazu gehört auch die Vermögensbildung bei den Arbeitnehmern. Die zentrale Notenbank darf nicht dem Trugschluß unterliegen, daß die Volkswirtschaft ein Organismus sei, wie es bereits bei Othmar Spann zu finden ist. Sie sollte sich vielmehr rational bemühen, den volkswirtschaftlichen Instrumentenkasten, wie ihn die moderne Theorie bereitstellt, anzuwenden.

Eiermann

Die Frage, welche Bereiche man der Marktwirtschaft unterstellen soll und welche nicht, wird wohl immer politisch entschieden werden. Es ist eine legitime Aufgabe des Staates, auch außerwirtschaftliche Ziele zu setzen; denn die Wirtschaftspolitik ist nur ein Teil der gesamten Politik. Dabei wird der Staat bestimmten Unternehmen Maßnahmen auferlegen, die mit einer Marktwirtschaft nicht vereinbar sind. So sind heute noch viele Bereiche unserer Wirtschaft dem Marktmechanismus entzogen, zum Beispiel Teile des Verkehrs und die Landwirtschaft. Wenn man aber politische Entscheidungen ermöglichen will, die auch volkswirtschaftlich sinnvoll sind, dann muß man den Nutzen und die Kosten kennen, die das Abweichen von marktwirtschaftlichen Prinzipien verursacht. Was hat es für einen Sinn, daß der Staat riesige Beträge zum Beispiel für die Landwirtschaft bereitstellt, ohne über das Verhältnis des volkswirtschaftlichen Nutzens dieser Maßnahmen zu den gezahlten Haushaltsmitteln Rechenschaft zu erhalten?

Was die öffentlichen Unternehmen anbelangt, so kann man wesentliche Bereiche ihrer Tätigkeit der Marktwirtschaft unterstellen. Dies entspricht der Grundkonzeption des EWG-Vertrages und auch der Politik der EWG-Kommission. Daneben gibt es aber eine Reihe von Sektoren, die aufgrund eines staatlichen Auftrags betrieben werden müssen und die hoffnungslos defizitär sind. Für sie gelten keine marktwirtschaftlichen Gesetze; bei ihnen hat die Marktwirtschaft keine Chance.

Die Feststellung des Nutzens und der Kosten einer politischen Entscheidung, bestimmte Bereiche der Wirtschaft dem Wettbewerb zu entziehen, ist aber nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch für die betroffenen Unternehmen von Bedeutung. Bei der Bundesbahn war es schon immer ein Problem, ob sie eine Entschädigung für die Lasten erhalten kann, die sie im Interesse der Allgemeinheit - beispielsweise im Personenverkehr auf unrentablen Strecken - tragen muß. Man hat noch keine Methode entwickeln können, um die Höhe dieser Belastungen zuverlässig zu ermitteln. Das Problem stellt sich übrigens nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch im Bereich der EWG. Dort ist nämlich in einer Verordnung über die Verpflichtungen des service public vorgesehen, den Verkehrsunternehmen die finanziellen Belastungen zu erstatten, die sich aus der Aufrechterhaltung defizitärer Verkehre ergeben.

Von der Wissenschaft sollten Methoden zur Quantifizierung von Nutzen und Kosten entwickelt werden; diese sollten im Interesse des Steuerzahlers sowie der betroffenen Unternehmen überall dort Anwendung finden, wo der Staat sich aus politischen Erwägungen für eine von der Marktwirtschaft abweichende Lösung entscheidet.

Mestmäcker

Herr Eiermann wies bereits darauf hin, daß es auf die Entscheidung der jeweiligen Regierung ankomme, welche Bereiche dem Wettbewerb entzogen sein sollen. So sind zum Beispiel in Frankreich und in Italien jeweils nach verschiedenen und zufälligen Kriterien etwa fünfzig Prozent des unternehmerischen Sektors dem Wettbewerb dadurch entzogen, daß sie unmittelbar oder mittelbar von der öffentlichen Hand kontrolliert werden.

Zur Frage der öffentlichen Unternehmen erklärte der Vorsitzende der französischen Plankommission dem wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium: Wenn mehr als fünfzig Prozent des Produktivkapitals vom Staat als Unternehmer kontrolliert werden, dann verlange eine rationale und effiziente Verwaltung dieser Unternehmen, daß man sich auch über die gesamte übrige Wirtschaft Gedanken mache. Denn es sei unvermeidlich, daß der Staat mit der Unternehmerpolitik zugleich die gesamte Volkswirtschaft mitgestalte. Wenn sich das faktisch so verhalte, dann sollte man es auch erkennen und rational planen.

Diese These ist nicht unbestritten. In einem Kreis von Sachverständigen in Brüssel wurde die Meinung vertreten, öffentliche Unternehmen unterlägen dem Wettbewerb wie jedes Privatunternehmen. Auf die Frage, wie sich die Indikativplanung auswirke, wurde allerdings geantwortet, da es sich um öffentliche Unternehmen handele, richteten sie sich selbstverständlich nach dem Plan.

von der Groeben

Allerdings nicht in der Wirklichkeit.

Mestmäcker

Es wird deutlich, daß die Regierungen in den Mitgliedstaaten der EWG nach verschiedenen Kriterien entschieden, welche Bereiche dem Wettbewerb "wesensgemäß" entzogen werden und welche der speziellen Wachstumsförderung durch den Staat zugänglich sein sollten.

Das Problem wäre nur dann rational zu lösen, wenn der Wettbewerb im Bereich der öffentlichen Unternehmungen als Selektionsmechanismus eingeführt würde. Das aber wird erst durch die EWG möglich, denn zwischen öffentlichen Unternehmen mehrerer Staaten läßt erst der Gemeinsame Markt den Wettbewerb zu.

Die Frage, was im Gemeinsamen Markt nicht durch den Wettbewerb geleistet werden kann, ist nur dann zu beantworten, wenn der Wettbewerb zuvor eine Selektionsfunktion ausgeübt hat. Wirtschaftspolitische Entscheidungen sind in diesem Sinne Informationsentscheidungen. Das heißt, bestimmte Systementscheidungen produzieren diejenigen Informationen, die für den nächsten Schritt erforderlich sind. Dazu gehört der wichtige Bereich der öffentlichen Unternehmen. Artikel 90 des EWG-Vertrages bietet übrigens eine rechtliche Handhabe und einen Ansatzpunkt, diesen Selektionsmechanismus in Gang zu setzen.

Diese Möglichkeit besteht aber nur dann, wenn der Wettbewerb überhaupt funktionsfähig ist und als ein rationales wirtschaftspolitisches Instrument akzeptiert wird. In der politischen Diskussion wird erfahrungsgemäß aus den Fehlleistungen des Wettbewerbs und der mangelnden Durchsetzungskraft des Rechts der Wettbewerbsbeschränkungen gefolgert, die ganze marktwirtschaftliche Konzeption sei falsch. In diesem Sinne ist die Entwicklung eines Wirtschaftssystems, in dem der Wettbewerb abgegrenzte Funktionen sichtbar und nachvollziehbar erfüllt, eine unerläßliche politische Voraussetzung der Marktwirtschaft. Dazu gehört auch die konsequente Durchsetzung des Rechts der Wettbewerbsbeschränkungen.

Es ist eine verfassungspolitische Entscheidung, ob der Ordnungsrahmen oder ob die Intervention die Regel bilden soll. Es ist ferner eine eminent politische Frage, ob die wirtschaftliche Freiheit der Ausgangspunkt der Wirtschaftspolitik ist oder ob man die Steuerung der Wirtschaft ausschließlich als Frage der Zweckmäßigkeit betrachtet.

Die Chance für die Marktwirtschaft in Europa hängt davon ab, ob es der EWG-Kommission gelingt, das marktwirtschaftliche Konzept als rationales Prinzip der Wirtschaftspolitik glaubwürdig zu machen.

Günther

Und durchzusetzen!

Mestmäcker

Dafür ist aber die Voraussetzung unerlässlich, Herr Günther, daß wenigstens in einem Land mit politischem Gewicht das marktwirtschaftliche Konzept verwirklicht wird. Jede Äußerung eines deutschen Ministers, die den Wettbewerb als Instrument relativiert, hat unmittelbare Wirkungen auf die Möglichkeiten der Wettbewerbspolitik in Europa. Diese Wechselwirkungen können gar nicht hoch genug veranschlagt werden.

Jantsch

Ich möchte hinzufügen, Herr Mestmäcker, daß gerade im größeren europäischen Bereich die Chance einer Zusammenarbeit besteht, indem man eine Planung macht, ohne sie unmittelbar mit der Entscheidungsfunktion zu verknüpfen. Harold Wilson wollte unter einer europäischen technologischen Gemeinschaft eine Gemeinschaft der Regierungen verstehen; sein realistischer Technologieminister dagegen forderte eine Gemeinschaft der technischen Industrien. Wir brauchen vor allem eine freie Marktwirtschaft der Ideen und der Pläne. Denn die neue Art des Planens ist im wesentlichen dezentralisiert. Sie beruht auf dezentralisierter Initiative und zentraler Synthese - ein fundamentaler Unterschied zum überkommenen Konzept zentraler Planung.

Die wesentlichen Probleme unserer Zeit sind weltweiter Natur und liegen auf den Gebieten der Bevölkerungsexplosion und der Welternährungssituation, die nicht im Rahmen von Europa oder gar der EWG diskutiert werden können. Die Pläne für deren Lösung müssen auf weltweiter Basis von den fortgeschrittenen Industrienationen erstellt werden. Ohne gleich verbindliche Entscheidungen zu fällen, müßte man sich zunächst einmal über die Konsequenzen klar werden. Bei solchen Problemen besteht heute keine rationale Basis für eine Entscheidungsfindung, da man die Konsequenzen nicht übersieht. Man kann aber Alternativpläne ausarbeiten. Solche Initiativen wurden von der amerikanischen Regierung bereits unternommen. Sie hat eine Anzahl fortgeschrittener Industrienationen angesprochen und fand gerade bei der UdSSR das größte Interesse. Eine ähnliche Initiative wird derzeit auch in Europa privat vorbereitet. Sie droht jedoch daran zu scheitern, daß in Europa vor allem wieder nur im nationalstaatlichen oder europäischen Rahmen gedacht wird.

Taubes

Herr Mestmäcker wies darauf hin, daß die EWG der Marktwirtschaft eine Chance biete, sich von den Ketten der Konkurrenz zu befreien, die in den nationalen Grenzen die Entwicklung der Wirtschaft gehemmt haben. Es scheint also in dieser Konstellation eine Art List der Vernunft zu walten. Marktwirtschaft wird aus den nationalen Einheiten verbannt und auf die Ebene der EWG abgeschoben. In dieser Entwicklung sollten wir eine Entlastung der nationalen Einheiten sehen, die nun nicht mehr im System der Konkurrenz und freien Marktwirtschaft von Krise zu Krise stolpern. Ich setze voraus, Herr Günther, daß wir alle für Freiheit sind. Aber es ist doch die Frage, ob die Freiheit des Menschen tatsächlich nur durch die Freiheit der Wirtschaft zu verwirklichen ist.

Günther

Nicht nur!

Hickel

Ich wende mich energisch gegen Ihre Formulierung, Herr Taubes, daß Marktwirtschaft in dieser Sicht nur noch ein technisches Problem sei. Damit werden die Probleme verschleiert, weil Marktwirtschaft auf bestimmten Prinzipien beruht, etwa auf dem Eigentumsbegriff und auf Freiheit. Eigentum und Freiheit stehen aber selbst wiederum in einem teilweise widersprüchlichen Verhältnis zueinander. Denken Sie an die Kontroverse über den Springerkonzern, wo Eigentum und Freiheit in einem bestimmten Gegensatz stehen. Sie können also Marktwirtschaft nicht nur als ein technisches Problem begreifen. Vielmehr muß man immer wieder intensiv auf die gesellschaftlichen Implikationen dieser speziellen Organisationsform der Wirtschaft hinweisen. Das werden Sie, Herr von der Groeben, auch im politischen Durchsetzungsprozeß innerhalb der EWG tun müssen.

Altmann

Wenn die Marktwirtschaft eine Kernform des wirtschaftlichen Prozesses in einem gesamtstaatlichen Ordnungsrahmen ist, dann bringt die EWG für die Nationalstaaten eine Entlastung durch die Möglichkeit der großräumigen Funktionalisierung des wirtschaftlichen Prozesses.

Der marktwirtschaftliche Mechanismus ist keineswegs als Mittel zur Erreichung gesamtgesellschaftlicher Ziele geeignet. Das, was man in der Bundesrepublik als Gemeinschaftsaufgaben bezeichnet, fällt nicht in den Bereich der Marktwirtschaft und sollte der Politik überlassen bleiben. Diese Aufgaben sind keine Frage der Planung in der Wirtschaft, sondern der Planung in der Politik.

Aber in dieser Beziehung sind die Organe der staatlichen Willensbildung in einer betrüblichen Verfassung. Nach der Rezession im vorigen Jahre ist es zwar gelungen, die Wirtschaft zu funktionalisieren. Dagegen haben es aber weder das Parlament noch der Finanzminister fertiggebracht, den Staat zum Haushalten zu zwingen. In der Haushaltspolitik hat die Regierung der Großen Koalition eine Niederlage erlitten. Die Mittelfristige Finanzplanung ist im Grunde genommen nur eine Haushaltssicherungsmethode mit einer Ressortplafondierung.

Wenn die Methoden in den Vordergrund treten, kann man vermuten, daß die Ziele verlorengegangen sind. Mit einer Umwandlung der Marktwirtschaft in einen Mechanismus und in ein Mittel zur Erreichung gesamtgesellschaftlicher Ziele besteht die Gefahr, daß man das Problem der dringend erforderlichen Erneuerung der politischen Demokratie und Willensbildung umgehen will. Wir brauchen eine politische Planung, die nicht mit der gesamtwirtschaftlichen Planung identisch ist.

Standke

Der Staat hat in der Marktwirtschaft vor allem eine Vorsorgepflicht. Herr Jochimsen sprach von einem Zwischenbereich, Sie nennen es Gemeinschaftsaufgaben, Herr Altmann. Könnten Sie uns etwas darüber sagen, wie die Aufsehen erregenden Vorstellungen des Deutschen Industrie- und Handelstages über die Fragen der Ausbildung in Deutschland aufzufassen sind? Das ist doch gewiß eine der am wenigsten umstrittenen Gemeinschaftsaufgaben.

Altmann

Ich identifiziere mich durchaus mit dieser reaktionären Auffassung. Der Staat will die Abiturientenquote in Deutschland auf zwanzig Prozent erhöhen. Dabei weiß jeder Kundige, daß dieser Staat als Föderativsystem gar nicht in der Lage ist, für die dann zu erwartenden Studenten Arbeitsplätze an den Universitäten zur Verfügung zu stellen. Hier steht der Staat in Widerspruch zu sich selbst. Es läßt sich ausrechnen, wieviel hunderttausend Studenten nur unzureichend ausgebildet werden können. Die Wirtschaft erwartet, daß sich der Staat dieses Widerspruches bewußt wird und ihn entsprechend korrigiert.

Der Industrie- und Handelstag wirft noch eine weitere Frage auf. In unserem Ausbildungssystem entlassen die Universitäten Absolventen mit einem gewissen Anspruch auf entsprechende Beschäftigung und akademischen Lebensstandard. Sind wir überhaupt in der Lage, die so ausgebildeten Akademiker mit ihren Lebenserwartungen in der Industrie aufzunehmen? Wir behandeln diese Frage vorsichtig, weil wir darauf keine klare Antwort wissen. Wir können nur feststellen, daß der Staat die Abiturientenquoten erhöht und nicht gleichzeitig ausreichende Studienplätze schafft.

Hickel

In der Diskussion ist mir klar geworden, welche Bereiche der marktwirtschaftliche Mechanismus nicht bewältigen kann. Das ist erstens der gesamte Sektor der öffentlichen Güter, der nicht mehr über die Marktwirtschaft steuerbar ist. Hier setzt die costbenefit-Analyse über die Rentabilität als mögliche Alternativrechnung ein.

Weiterhin fällt die Bildungspolitik aus dem Rahmen der Marktwirtschaft.

Altmann

Sie war nie darin enthalten.

Hickel

Es ist ein Zwischenbereich. Die Bildungspolitik wird in der Bundesrepublik vielfach als marktwirtschaftliches Phänomen gesehen und in den Marktmechanismus eingespannt. Das tun auch

Sie im Ansatz, Herr Altmann, mit Ihrer Effizienzanalyse und den Abiturientenquoten. Diese werden - zumindest theoretisch - aus Angebots-Nachfragebeziehungen jeweiliger Arbeitsmärkte für bestimmte "akademische" Berufsqualifikationen beziehungsweise aus desaggregierten - gewünschten - Wachstumsraten der Wirtschaft abgeleitet.

Die demokratische Legitimation muß sich in dieser Gesellschaft wieder stärker durchsetzen. Die Marktwirtschaft und der Marktmechanismus haben in der Bundesrepublik zu einer Reproduktion der heute bestehenden Herrschaftsverhältnisse geführt. Ich wende mich entschieden gegen eine Verbannung der parlamentarischen Entscheidungsprobleme im Zuge einer makroökonomischen Klimatisierung des Wettbewerbs in die konzertierte Aktion. Dort trifft sich ein Klüngel von ehernen Oligarchien, und es kommt eine durch die Ideologie des Systems als "naturwüchsig" mystifizierte Kommandostruktur zum Durchbruch. In einem so verstandenen Sinne wirkt Pluralismus sozialer Gruppen im "konzertierten" Entscheidungsprozeß für die Gesellschaft integrativ und damit auch repressiv.

Ehrenberg

Ich halte das für eine wenig glückliche Feststellung. Eherne Oligarchien wird man wahrscheinlich auch bei jeder Studentenvertretung finden können, jedoch mit dem Unterschied, daß man nicht so lange Student ist wie zum Beispiel Gewerkschaftler. Dadurch wird in den Führungspositionen schneller gewechselt. Sonst aber dürften sich die Verhältnisse in beiden Institutionen in dieser Hinsicht nicht sehr voneinander unterscheiden.

Ravens

Herr Hickel zeigte zwei Problemkreise auf, die sich der marktwirtschaftlichen Ordnung entziehen. Dem füge ich als dritten die wirtschaftliche Entfaltung der heute einseitig entwickelten oder unterentwickelten Räume innerhalb der Europäischen Gemeinschaft hinzu. Auch hier werden Marktwirtschaft und Wettbewerb außer Kraft gesetzt; denn sie können diese Aufgabe nicht erfüllen, sondern stehen im Gegenteil den notwendigen Maßnahmen entgegen.

von der Groeben

Ich stimme Ihnen nicht ohne weiteres zu, Herr Ravens. Auf diesem Gebiet muß zunächst die Frage beantwortet werden, ob eine Kombination zwischen dezentralisierten Unternehmerentscheidungen und koordinierten Entscheidungen der öffentlichen Hand möglich ist, um eine den zukünftigen Bedürfnissen der Industrie entsprechende Infrastruktur an den geeigneten Standorten bereitzustellen.

Linder

Wo liegt hier das Mischungsverhältnis?

von der Groeben

Diese Frage kann ich heute nicht beantworten. Ich sehe nur das Problem. Wir werden in den nächsten zehn oder zwölf Jahren unsere industrielle Tätigkeit verdoppeln. Was würde hinsichtlich der Infrastruktur geschehen, wenn wir nichts auf den Gebieten tun, die in den Händen des Staates sind oder ihm noch zufallen? Sollte es politisch möglich sein, die verschiedenen Stellen der öffentlichen Hand zu koordiniertem Vorgehen zu veranlassen, bliebe dennoch das Problem, wie die Industrie reagiert. Würde sie den Plänen der öffentlichen Stellen bei der Standortwahl folgen? Ist dies nicht der Fall, dann hat auch die Koordinierung der beteiligten Stellen der öffentlichen Hand keinen Sinn.

Der Übergang zur Konsumgüterwirtschaft löst einen gewissen Mechanismus aus. Das System bleibt nur dann funktionsfähig, wenn auch die Konsummöglichkeiten wachsen. Ich bin der Meinung, daß diese Entwicklung gewisse Veränderungen im gesellschaftlichen Gefüge möglich gemacht oder jedenfalls erleichtert hat.

Kaiser

Ich teile durchaus Ihre Auffassung, Herr von der Groeben, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt das Wachstum eine beherrschende Funktion hat. Man kann das auch als Wert bezeichnen. Seitdem im Stabilitätsgesetz ein System von Zielen beschlossen wurde, an dessen Spitze das Wachstum steht, ist das Wachstum die Grundnorm, die unsere Wirtschaftsverfassung und Teile unseres Verfassungsrechtes determiniert.

Damit gerät die Konsumgüterwirtschaft allerdings in eine Phase hinein, in der es fraglich ist, ob zwischen den Bereichen hoheitlicher und privatwirtschaftlicher Steuerung noch eine Trennung möglich ist.

Altmann

Der Paragraph I des Stabilitätsgesetzes, Herr Kaiser, ist tatsächlich der Fall einer konkreten Utopie. Dort werden vier Ziele gesetzt, die in diesem Maße niemals miteinander vereinbar sind.

Kaiser

Genauso ist es! Daher reden die Nationalökonomien auch von der Magie des Vierecks. Wir Juristen werden beizeiten merken, was es bedeutet, wenn unsere Gesetzgeber die Magie zum Inhalt eines Rechtssatzes machen.

Herr Mestmäcker rekurrierte auf die Begründung der Wettbewerbswirtschaft aus unserer freiheitlichen gesellschaftlichen und politischen Ordnung. Dabei dürfte jedoch die Ordnung in keinem Augenblick davon dispensiert werden, ihre Rationalität und Effizienz konkret zu erweisen.

Ehrenberg

Wir müssen das Wachstum noch lange Zeit als die vordringliche Aufgabe ansehen, Herr Kaiser; denn solange die Hälfte der Arbeitnehmer unter den gegenwärtigen Bedingungen weniger als DM 1000,- im Monat verdient, kann man nicht von Wachstumsfetischismus reden. Vielmehr ist Wachstum eine Lebensbedingung unseres Jahrhunderts.

Es muß sich auch erst erweisen, ob das im Stabilitätsgesetz vorgegebene Zielviereck eine konkrete oder eine illusionäre Utopie ist. Dabei sehe ich die konzertierte Aktion als eine geeignete Plattform an, um in der Praxis zu versuchen, aus dieser Zielvorstellung eine konkrete Wirklichkeit für übermorgen zu machen. Die demokratische Legitimation der konzertierten Aktion besteht darin, daß die parlamentarische Demokratie in unserer pluralistischen Massengesellschaft ohne Einrichtungen dieser Art kaum noch praktikabel ist, weil sie sonst einen zu engen Bereich erfaßt.

Ich betrachte die konzertierte Aktion als ein konkretes Angebot der Exekutive an die freien Verbände, die künftige Wirtschaftsordnung mitzugestalten. Wenn sich Herr Altmann darüber beklagt, daß wenig dabei herauskomme, kann ich den Verbänden den Vorwurf nicht ersparen, daß sie von diesem Angebot nur einen unzulänglichen Gebrauch machen. Sie haben bisher noch kein Konzept für die künftige Gestaltung der Wirtschaftsordnung und des wirtschaftlichen Ablaufs eingebracht.

Jochimsen

Herr Mestmäcker nannte die Entscheidung, was dem Marktmechanismus überlassen wird und was nicht, eine politische Frage im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Wohlfunktionsfunktion. Die Bewertung des tatsächlichen Marktergebnisses ist in jedem Falle eine politische. Entweder akzeptiert man das Marktergebnis, dann gilt der Marktmechanismus. Oder man akzeptiert es nicht. Im Bildungswesen haben wir es in Europa - im Gegensatz zu den USA - niemals anerkannt und in der Landwirtschaft lange Zeit hindurch nicht. In der Verkehrswirtschaft ist das Problem sehr differenziert, weil hier bestimmte Leistungen vom Staat vorgegeben werden und dabei komplizierte Bewertungsprobleme auftreten.

Auf keinen Fall kann man die Gesamtheit der Wirtschaft in der Weise verstaatlichen, daß man auf Marktergebnisse verzichtet. Das wird in dreifacher Hinsicht zu teuer: Wir haben weder die notwendigen Informationen noch die theoretischen Erklärungen für eine praktikable und dynamische Lösung ohne den konkreten Markt. Zudem fehlt uns auch das geeignete Instrumentarium zur Durchsetzung einer zentralen Planung in allen Bereichen der Wirtschaft.

Nun bin ich nicht der Auffassung, Herr Altmann, daß die Gestaltungsmöglichkeiten durch das abschließend vorgegeben sind, was wir im Augenblick vorfinden. Neue Gestaltungsmöglichkeiten sind durch Weiterentwicklung der Theorie zu gewinnen. Die Schwierigkeiten liegen darin, daß wir auf der einen Seite mit völliger Ungewißheit über die Zukunft operieren und auf der anderen Seite nach bestimmten Erfahrungen aus der Vergangenheit handeln. Hier liegt eine wichtige Aufgabe für die Wissenschaft, in der die Grenzen der Akzeptierbarkeit des Marktergebnisses erkannt werden - zugleich mit der Ersetzung des Marktmechanismus durch praktikable Sozialwahlmechanismen. In diesem Sinne halte ich das partielle Manipulieren an der Bildungspolitik für falsch - genau wie Sie, Herr Altmann.

Als dritten Bereich, in dem der Markt nicht funktioniert, nannte Herr Ravens die Förderung der unterentwickelten regionalen Gebiete. In einem gewissen Sinne funktioniert hier der Markt noch nicht, das heißt, er muß erst funktionsfähig gemacht werden. Das ergibt zugleich eine wichtige Abgrenzung gegenüber den öffentlichen Gütern, bei denen das überhaupt nicht eintreten kann. Insofern kann ich dem Einwand von Herrn Ravens nicht zustimmen, daß die Regionalpolitik den Marktmechanismus außer Kraft setze.

Standke

Man sollte Ihren Ausführungen, Herr Jochimsen, hinzufügen, daß es nicht nur eine politische, sondern gewiß auch eine unternehmerische Entscheidung ist, wie in der Marktwirtschaft künftig das neue Verhältnis zwischen den vom Staat getragenen Gemeinschaftsaufgaben und den Aufgaben der Unternehmer gekennzeichnet wird.

In allen Fällen, in denen das Profitinteresse des Unternehmers vom Staat zugunsten einer als wichtig erkannten Gemeinschaftsaufgabe beschnitten wird, weicht der Unternehmer aus Verantwortung gegenüber dem Aktionär auf andere Sektoren aus, auf denen der Staat keine "Repressionen" ausübt. Dann muß wohl oder übel der Staat eintreten, um den Interessen sowohl der Gemeinschaft als auch der Privatwirtschaft gerecht zu werden.

Altmann

Von den Wirtschaftspolitikern und Ökonomen wird dabei ausgeklammert, daß die großen Schwierigkeiten bei den sogenannten Gemeinschaftsaufgaben gar nicht im Marktmechanismus, sondern vielmehr im pluralistischen Charakter der Gesellschaft liegen.

Denken Sie an das Bildungswesen und nehmen Sie den Föderalismus als eine moderne Form des Pluralismus.

Jochimsen

Wir reden aber über die Marktwirtschaft.

Altmann

Dann können Sie aber nicht über Dinge reden, die außerhalb des Marktmechanismus liegen. Wenn man die Gemeinschaftsaufgaben rational anpacken will, stellt sich das Problem, daß das Parlament dem modernen Pluralismus mit dem Veto-Recht aller Gruppen nicht gewachsen ist. Man kann die Marktwirtschaft jedoch nicht mit der ungeheuren Hypothek belasten, aus ihr heraus die Probleme zu lösen.

Jochimsen

Das bedeutet, Herr Altmann: Markt contra Politik.

Altmann

Nein, Politik contra Markt!

Jochimsen

Aber auch der Markt und die Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus müssen geplant werden. Wir haben also einerseits die Planung der Staatstätigkeit im Rahmen der Politik, zum anderen die Planung der Funktionsfähigkeit des Marktes, weil die Daten, die für die einzelwirtschaftliche Tätigkeit gesetzt werden, staatlicher Beeinflussung unterliegen. Diese Beeinflussungen müssen dem Ziel rationaler Politik im Hinblick auf die gesellschaftliche Wohlfunktionsfunktion unterworfen sein. Da besteht keine Dichotomie, sondern eine gemeinsam gestellte Aufgabe.

von der Groeben

Aus der heutigen Diskussion habe ich eine ganze Reihe von Anregungen für unsere praktische Arbeit in der EWG-Kommission empfangen. Ich stehe in der politischen Verantwortung und habe daher entscheidenden Wert auf die Frage zu legen, welche Gestaltungsmöglichkeiten für das marktwirtschaftliche System gegeben sind. Da genügen allgemeine Formeln nicht, sondern die Bezugssysteme müssen konkretisiert und vervollständigt werden. Dies gilt auch für die heute

diskutierten Begriffe Maximierung oder Optimierung des Sozialproduktes, Freiheit, gerechte Verteilung und so fort.

Die Aufgaben der Öffentlichen Hand liegen heute nicht nur im eigentlichen Herrschaftsbereich, sondern in zunehmendem Maße in der Wirtschaftspolitik, in der Umverteilung, im öffentlichen Service und in der Fürsorge. Viele dieser Aufgaben lassen sich sachgerecht nicht mehr im nationalen Rahmen bewältigen. Da auch bei marktwirtschaftlicher Betrachtungsweise hierzu handlungsfähige Institutionen notwendig sind, entsteht die Frage der Schaffung und Funktionsfähigkeit solcher übernationalen Organe und das Problem der Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Nationalstaat und Gemeinschaft. Ich bedaure es, daß in der Diskussion auf diesen Teil meiner Einführung kaum eingegangen wurde.

Es muß zugegeben werden, daß die vorhandenen Organe der Europäischen Gemeinschaft nicht aus Wahlen hervorgegangen sind. Bei der Beantwortung der Frage, ob und inwieweit dieser Zustand geändert werden muß, sollte jeweils die Natur der Tätigkeit der Öffentlichen Hand, wie ich sie soeben skizziert habe, in Betracht gezogen werden. Erst dann wird man entscheiden können, welche Zuständigkeiten etwa ein direkt gewähltes Europäisches Parlament haben sollte und in welchem Verfahren das oder die Exekutivorgane zu bestellen wären. Vielfach denkt man noch ausschließlich in nationalstaatlichen oder bundesstaatlichen Kategorien, was die Erarbeitung funktioneller Lösungen erschwert.

Ipsen

Die Frage in unserem heutigen Thema, ob wir im entstehenden Europa noch eine Chance für die freie Marktwirtschaft haben, dürfte in unserer Diskussion wohl eindeutig zustimmend beantwortet worden sein, wenn auch die Meinungen darüber divergieren, welche Voraussetzungen dafür erforderlich sind.

Aufgrund unserer historischen Entwicklung in der Bundesrepublik ist der Anteil der Unternehmen in öffentlicher Hand an der Gesamtwirtschaft nicht so groß wie in anderen Mitgliedsländern der EWG. Uns sind von Rechts wegen Grenzen gesetzt, die jedoch darauf hinweisen sollten, diesen Anteil eher abzubauen als zu erhöhen.

Insofern ist die Bundesrepublik wahrscheinlich dasjenige Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, das auf diesem Gebiet den größten Beitrag zur Ermöglichung von Marktwirtschaft im Bereich der nichtöffentlichen Wirtschaft zu leisten vermag und ihn bereits jetzt leistet.

Körber

Es war zu erwarten, daß wir auf die in unserem heutigen Thema gestellte Frage keine eindeutige Antwort erhalten würden. Denn die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft, besonders im Hinblick auf den größeren europäischen Markt, ist ja nicht nur eine isolierte Frage der Wirtschaftsordnung, sondern die entscheidende Ausgangsbasis für unser Gesellschaftssystem überhaupt. Auch die stärksten Befürworter des Systems der Marktwirtschaft sind sich jedoch darin einig, daß Strukturverbesserungen notwendig sind. Das gilt, wie mir scheint, besonders für den Bereich der Gemeinschaftsaufgaben, der heute mehrfach angesprochen wurde. Die Bewältigung dieser bedeutungsvollen Aufgaben ist in den entwickelten Industriegesellschaften ein qualitativ und quantitativ besonders dringendes Problem, für das sich marktwirtschaftliche Lösungen allein als unzureichend erwiesen haben.

Inwieweit und in welchen Bereichen der Marktmechanismus erhalten bleiben sollte - darüber haben wir in unserem heutigen Gespräch kontroverse Meinungen gehört. So lautet ein gravierender Einwand gegen das marktwirtschaftliche System, daß es keine gleichen Teilnahmechancen am geistigen, sozialen und materiellen Fortschritt für alle Bürger gewährleistet. Zur Sicherung gleicher Teilnahmechancen wird daher gefordert, die bestehenden Herrschaftsstrukturen durchsichtiger zu machen und so insbesondere die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel in der Weise in der Gesellschaft zu integrieren, daß die damit verbundene Macht nicht in den Händen weniger bleibt.

Ich meine, für eine weitere evolutionäre Entwicklung unserer Gesellschaft kommt es darauf an, die Vorteile der Marktwirtschaft - nämlich optimale Marktversorgung, Entfaltung von Initiativbereitschaft und Risikoübernahme - zu erhalten. Darüber hinaus muß aber nach Wegen gesucht werden, wie die dynamischen Kräfte der Wirtschaft durch ein stärkeres Engagement für die Gesamtgesellschaft nutzbar zu machen sind. Diese Zielvorstellung ist natürlich an mehrere Voraussetzungen gebunden: Dazu gehören einmal die Engagementsbereitschaft der Entscheidungsträger in der Wirtschaft, aber auch gesetzgeberische Maßnahmen, die Anreize dafür bieten, daß zum Beispiel über den in der Bundesrepublik brachliegenden Stiftungssektor Mittel für Gemeinschaftsaufgaben - ähnlich wie in den

USA - aufgebracht werden. Natürlich werden durch derartige Maßnahmen nicht alle mit der Marktwirtschaft verbundenen Probleme aus der Welt geschafft. Ich bin jedoch der Meinung, daß wir zu ihrer Bewältigung nicht nur utopische Entwürfe auf Büttenpapier ausarbeiten sollten, sondern einzelne konkrete Beiträge zur Verbesserung des Systems leisten müssen.

Die Zukunft der Marktwirtschaft liegt nicht in einer dogmatischen Festlegung der Wirklichkeit, sondern in der Anerkennung einer Pluralität von ökonomischen, sozialen, technologischen und humanen Prinzipien. Damit kommt ein Bekenntnis zu einer Marktwirtschaft zum Ausdruck, welche die Wahl für verschiedene zukünftige Gesellschaftsentwicklungen offenläßt. Ich halte dies für eines der wichtigsten Probleme im Hinblick auf die Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft.